

⇒ Barbara Muraca

Gutes Leben jenseits von Wachstum: eine ethische Perspektive

⇒ 1 Einleitung: Die Indikatorendebatte – eine alte und immer wieder neue Geschichte

Die Indikatorendebatte begleitet uns spätestens seit der Selbstverpflichtung von über 170 Nationen, den Pfad einer nachhaltigen Entwicklung nach der Rio-Konferenz 1992 einzuschlagen. Seitdem stellt sich die Frage, wie sich identifizieren lässt, wie nachhaltig eine Nation, eine Region oder eine Kommune sei bzw. welche Schritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung Jahr für Jahr gemacht worden sind. Indikatoren bieten eine quantitative Grundlage für die Messung bestimmter für relevant gehaltener Variablen, denen eine Schlüsselbedeutung für die Identifizierung von Nachhaltigkeitspfaden beigemessen wird. Der Rückgriff auf Indikatoren für eine begleitende Evaluierung des Erfolgs von politischen Steuerungsmechanismen ist ein wesentliches politisches Instrument zumindest seit Roosevelts New Deal. Als Reaktion gegen die verheerenden Weltwirtschaftskrise etablierte sich auf der Grundlage des sich kurz zuvor etablierten Keynesianismus eine stärkere regulative Rolle des Staates in der Steuerung einer jeden Volkswirtschaft. Ein Kind dieser Wende ist auch die Einführung eines allgemeinen Indikators für die Messung der Gesamtwirtschaftsleistung einer Nation: das, was wir heute als

Bruttoinlandsprodukt (BIP) kennen. Das BIP galt lange Zeit als eine zuverlässige Grundlage für die Bestimmung des Steueraufkommens und nicht zuletzt des Wohlstands einer Nation, der im engen Zusammenhang mit der Steigerung der Wirtschaftsleistung konzipiert wurde. Wirtschaftswachstum wurde seitdem als BIP-Wachstum verstanden, wobei mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts immer eine Wachstumsrate gemeint ist (prozentual hinsichtlich des vorherigen Jahres und nicht in absoluten Zahlen). Erst mit der

Muraca, Barbara: Dr. phil., Studium der Philosophie in Turin, Claremont und Greifswald. 2008, Promotion in Philosophie an der Universität Greifswald. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am DFG-Kolleg »Postwachstumsgesellschaften« der Universität Jena.

Ressourcen- und Umweltkrise der 1970er Jahren wurde das BIP als Hauptindikator vermehrt in Frage gestellt, nicht nur weil es Umweltzerstörungen nicht adäquat abbildet¹, sondern auch weil laut dem *Club of Rome* gerade das Diktum des Wirtschaftswachstums der Haupttreiber der zunehmenden globalen Ressourcen- und Umweltkrise sei (Meadows 1973). In einem fast zwanzigjährigen Takt seit der Veröffentlichung des Berichtes des Club of Rome kristallisierte sich jeweils eine erneute Welle der Kritik an Wachstum mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und mehr oder weniger erfolgreicher Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse heraus. Die Rio-Konferenz 1992 etablierte weltweit Brundlandts Definition einer nachhaltigen Entwicklung als eine, »that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs« (WCED 1987). Für viele gilt diese Definition jedoch als ein schlechter Kompromiss zwischen den Bedürfnissen einer fortwährenden wirtschaftlichen Entwicklung und der Berücksichtigung von ökologischen Grenzen sowie von den Rechten zukünftiger Generationen. Im Schatten von Rio wurden von zahlreichen WissenschaftlerInnen und NGOs komplexe Nachhaltigkeitsindikatorenpaletten bzw. Nachhaltigkeitsdashboards bis hin zu wahrhaften BIP-Alternativen entwickelt (ISEW, GPI, (Diefenbacher et al. 2004; Muraca/Melis 2005c). Beim ISEW (*Index of Sustainable Economic Welfare*) zum Beispiel, der von Daly zusammen mit dem Prozesstheologen John Cobb als alternativer Wohlfahrtsmessungsindikator entwickelt wurde, werden defensive Kosten und die Entwertung von Naturkapital vom BIP abgezogen, während nicht marktförmige Dienstleistungen inklusive Hausarbeit addiert werden (Daly/ Cobb 1994).

Länder wie Deutschland haben einerseits eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die auf der Grundlage verschiedener Indikatoren regelmäßig in einem Nachhaltigkeitsbericht überprüft wird. Andererseits verlaufen aber diese Indikatoren parallel und nicht alternativ zum BIP und haben an der Grundorientierung am Wirtschaftswachstum nichts geändert. So wird auch der Fokus der in diesem Jahr erneut in Rio geplanten Rio+20-Konferenz auf ›Green Economy‹ bzw. Grünes Wachstum gelegt, während die OECD ebenfalls sich Grünem Wachstum als Hauptstrategie für die kommenden Jahre verpflichtet hat.

(1) Defensive Kosten, i.e. die Ausgaben für die Wiedergutmachung von Umwelt- und Gesundheitsschäden werden positiv ins BIP eingerechnet; qualitative Unterscheidungen und Verteilungsmuster sind aufgrund der aggregativen Struktur von BIP bzw. der bloß statistischen Berechnung von BIP pro Kopf ebenfalls nicht identifizierbar.

Zwanzig Jahren nach Rio macht sich wieder eine weltweite wachstumskritische Bewegung bemerkbar, die auf die Inkompatibilität zwischen Nachhaltigkeit und Wachstum aufmerksam macht, sowohl aus der Perspektive der ökologischen Grenzen von Wachstum als auch bezüglich der sozialen Konsequenzen einer am fortwährenden Wachstum orientierten Wirtschaftsweise. Die zumindest in Südeuropa schon seit Anfang der 2000er Jahre aktive ›Degrowth‹-Bewegung fordert im Namen des guten Lebens für heute lebende und zukünftige Generationen und des Wohles des Planeten eine Abkehr von der Wachstumsideologie, in der die modernen westlichen Gesellschaften verfangen seien. Ihre Kritik richtet sich sowohl gegen die Zugrundelegung des BIP-Indikators und dessen Wachstum als Maßstab für Wohlstand als auch gegen die darauf basierende symbolisch-kulturelle Wirksamkeit der Wachstumslogik, die als fetischistische Steigerungslogik nicht nur die Sphäre der Produktion sondern nahezu alle Lebensdimensionen in unserer Gesellschaft infiziert hat (Muraca/Egan-Krieger 2011).

Aus allen diesen Gründen lässt sich in verschiedenen Ländern Europas die politische Bemühung beobachten, sich kritisch mit der Messgröße Bruttoinlandsprodukt zu beschäftigen und nach alternativen bzw. ergänzenden Indikatoren zum BIP zu suchen, die nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch Fragen des guten Lebens bzw. des subjektiven Glücks berücksichtigen (u.a. Großbritannien: Forschung zu Glücksindikatoren (GB Office for National Statistics 2011); Frankreich: (Stiglitz, Sen et al. 2010); Deutschland: Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«).

Die Auseinandersetzung mit Wohlstands- oder Wohlfahrtsindikatoren verläuft allerdings bisher zumindest in Deutschland ohne Einbeziehung einer ethischen Expertise. In der Enquete-Kommission finden sich keine Sachverständige, die aus einer ethischen Perspektive brisante Diskussionen über Fragen des guten Lebens, der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit und der Wohlstandsindikatoren begleiten. Zahlreiche flankierende Studien beziehen sich zwar auf den europäischen Vergleich, verzichten aber auf grundlegende Diskussionen darüber, wie überhaupt ein ›gutes Leben‹ zu verstehen sei und welche gerechtigkeitsrelevanten Aspekte auf der Suche nach alternativen Indikatoren tangiert werden. Darüber hinaus lässt sich eine steigende Faszination für subjektive Glücksindikatoren als Alternativen zum BIP in ganz Europa feststellen. In einer Studie zur Darstellung verschiedener alternativer Indikatoren zur Vermessung von Fortschritt und Wohlergehen im Auftrag der Ebert-Stiftung schreibt Kroll bezüglich subjektiver Glücksindikatoren, dass sie »die Auswahl und

Gewichtung der Faktoren, die beim Befragten zur Bewertung seiner persönlichen Lebenszufriedenheit bedeutsam sind, dem Bürger selbst« überlassen (Kroll 2011a, 23) und daher »das demokratischere Mittel (eher bottom up als top down)« sind. Es handelt sich jedoch um eine statistische Befragung, ein ›Survey‹, die hier stillschweigend und ohne weitere Begründung als Modell demokratischer Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse präsentiert wird: sie sei jedenfalls demokratischer als ›objektive‹ Studien über Grundbedingungen für ein gutes Leben, weil hier wenigstens die Meinung der Befragten zähle. Dass es sich um eine gefährliche Verwechslung zwischen deliberativen Teilhabeprozessen und asymmetrischen empirischen Untersuchungen handelt, scheint dem Autor nicht aufzufallen: wissenschaftstheoretisch voraussetzungsreiche statistische Befragungen, egal wie subjektiv die dort zusammengefassten Meinungen sind, folgen ganz anderen Kriterien als demokratische Entscheidungsprozesse, u.a. weil der Kommunikationsrahmen (inklusive der vermeintlich freien Entscheidung des Befragten) und Differenzierungspotential durch das Befragungskorsett festgelegt und nicht verhandelbar sind. Subjektiv wahrgenommenes Glück ist außerdem nicht ausschlaggebend für gerechtigkeitsrelevante politische Entscheidungen, wie im Folgenden erläutert wird. Triftig hat Castoriadis in einem kritischen Kommentar zu Rortys Behauptung, Glück sei das Ziel politischer Maßnahmen, dies in aller Deutlichkeit abgelehnt: vielmehr sei Freiheit Gegenstand und Ziel von Politik, wobei er nicht nur negative (formale) Freiheit, sondern auch substantielle Freiheit damit meinte:

If indeed the aim of politics were to make people happy, it would suffice to vote laws declaring universal happiness through something or other, John Cage's music, the repeated reading of the Upanishads, some sexual practice (...) But all that pertains to the private sphere, to intimacy, and it is perfectly illegitimate to deal with that in the agora, the public/private sphere, and more still in the ekklesia, the public/public sphere. That would be a perfect totalitarian position. (...) The object of politics is not happiness; the object of politics is freedom (Castoriadis 2010, 74).

Im Folgenden werde ich diesen Aspekt mithilfe des Fähigkeitsansatzes erläutern.

In einer weiteren Studie behauptet außerdem Kroll, dass durch »den Fokus auf nachvollziehbare und akzeptierte Messgrößen als Gradmesser für politisches Handeln (...) die Debatte wieder entscheidend versachlicht« werde (Kroll 2011, 3). Indikatorenpaletten werden folglich als Grundlage für ›evidenzbasierte‹ Politikmaßnahmen prä-

sentiert. Es besteht hier ebenfalls die Gefahr, Indikatoren alleine sprechen lassen zu wollen, als könnten sie objektive Tatsachen vermitteln. Indikatoren sind aber – wie der Name sagt – Indices, Zeichen für Größen, deren Messung für politisch bzw. gesellschaftlich relevant gehalten wird. Die durch die Indikatoren vermeintlich vermittelte Sachlichkeit beruht auf einer Relevanzzuschreibung, die eine normativ mehr oder minder explizierte, politisch begründete Entscheidung ist. Was gemessen werden soll und warum ist nicht selbstevident und bedarf daher einer normativen bzw. politischen Rechtfertigung. Es ist daher von großer Bedeutung, sich mit ethischen Aspekten des Wachstums- und Nachhaltigkeitsdiskurses an dieser Stelle zu beschäftigen.

⇒ 2 Wachstum und Wachstumskritik

In den westlichen Industrieländern stellen wir fest, dass die Wirtschaft entweder nicht mehr längerfristig wächst² oder – wenn überhaupt – auch für die Zukunft nur mit niedrigen Wachstumsraten zu rechnen ist. Da das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bisher als eine der wesentlichen Indikatoren für die ›Gesundheit‹ einer Volkswirtschaft und ferner als fundamentale Grundbedingung für Wohlstandssicherung, politische Stabilität, Armutsbekämpfung, hohe Beschäftigungszahlen und sogar für Investitionen in grüne Technologien galt, hat diese Feststellung zu großer Besorgnis und politischer Hilflosigkeit geführt. Politiker reagieren in verschiedenen EU-Ländern einerseits mit verzweifelten Wachstumsbeschleunigungsgesetzen, andererseits tasten sie sich mühsam an alternative Pfade heran, die politische Handlungsfähigkeit jenseits von Katastrophismus ermöglichen. Neben Studien und Kommissionen über alternative Wohlfahrtsmessungen bzw. Anpassungen des BIPs orientiert sich die Politik der OECD-Länder verstärkt an einem anderen ›Wachstum‹, sei es nachhaltig, grün oder qualitativ.

WachstumskritikerInnen weisen dagegen daraufhin, dass gerade das Wachstumsdiktat sowohl auf regionaler, nationaler und globaler Ebene als auch bezogen auf die Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen an der Wurzel sozialer Ungerechtigkeit liegt. Die Krise der an Wachstum orientierten Wirtschaft und Gesellschaftsstruktur wird

(2) Der jetzige Aufschwung der deutschen Wirtschaft, aufgrund dessen wieder eins wenn auch minimalen Wachstum des BIPs verzeichnet werden konnte, hat gerade mal das Niveau von vor der Krise erreicht. Längerfristige hohe Wachstumsraten scheinen für die westlichen Industrienationen nicht mehr als ein realistisches Ziel zu sein.

demnach als eine Chance für mehr soziale Gerechtigkeit wahrgenommen, nach dem Motto: Die Schrumpfung der Ökonomie steht uns bevor – entweder gestalten wir den Wandel gemäß Prinzipien intergenerationeller und globaler Verteilungsgerechtigkeit sowie alternativer Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ oder wir werden mit den unerwünschten Folgen einer Stagnation konfrontiert (Latouche 2007).

In diesem komplexen Diskurs treffen deskriptive, funktionale und normative Perspektiven unvermeidlich aufeinander: Wachstum wird zeitdiagnostisch als ein, wenn nicht der fundamentale Faktor für die dynamische Stabilisierung moderner (kapitalistischer) Gesellschaften und daher auch als die Grundlage für den sozialen Frieden und die gesellschaftliche Reproduktion identifiziert. Wir stehen allerdings vor funktionalen Einschränkungen eines fortwährenden Wachstums wie wir es kennen (aufgrund von absoluten ökologischen Grenzen bzw. absoluten Knappheiten) oder vor normativen Unvereinbarkeiten (Umweltgerechtigkeit, globale Umweltkonflikte, intergenerationelle Gerechtigkeit), zumal das an Wachstum gekoppelte Versprechen einer stetigen Steigerung von Lebensqualität auch nicht mehr in Erfüllung zu gehen scheint. Auf der anderen Seite wird die Abkehr vom Wachstum je nachdem als ein unvermeidbares Schicksal, was als Katastrophe oder als Transformationschance gedeutet wird, oder wiederum als eine normativ gebotene Zielsetzung im Sinne der Nachhaltigkeit gesetzt. Tim Jackson fasst das Dilemma wie folgt zusammen: Wachstum ist jedenfalls unter den jetzigen Bedingungen nicht nachhaltig (*unsustainable*), während Schrumpfung (*degrowth*) ebenfalls unter jetzigen Bedingungen nicht stabil ist (*unstable*). Das Ziel sei demnach, entweder Wachstum nachhaltig zu machen oder aber *degrowth* zu stabilisieren.

Was an der jetzigen internationalen Wachstumsdiskussion negativ auffällt ist jedoch, dass die Auseinandersetzung stark von der funktionalen bzw. technischen Seite geführt wird, während die ethische Perspektive mit wenigen Ausnahmen vernachlässigt wird (Ott 2012, Muraca 2012). Aufgrund der Verflochtenheit normativer und funktionaler Aspekte ist jedoch eine ethische Betrachtung unentbehrlich.

Der aktuelle Wachstumsdiskurs lässt sich entlang von vier Leitfragen darstellen (Muraca 2009):

- Ist Wachstum überhaupt unter den biophysischen Bedingungen des Planeten möglich – also können wir (noch) wachsen?
- Ist Wachstum moralisch zu rechtfertigen – also dürfen wir wachsen? Welche Gerechtigkeitsfragen sowohl für die heute lebenden als auch für künftige Generationen stellen sich auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft?

- Ist Wachstum als ökonomische und gesellschaftliche Zielsetzung überhaupt sinnvoll und klug? Selbst wenn Wachstum möglich und moralisch zu rechtfertigen wäre, ist es ethisch akzeptabel? Steht es aus der Perspektive der praktischen Vernunft im Einklang mit unseren Vorstellungen eines »guten Lebens«? Oder, anders gefragt: wollen wir überhaupt noch wachsen?
- Wer ist wir? Wer hat das Sagen in dem wachstumskritischen Diskurs? Welche sind die relevanten Akteure? Wer ist ausgeschlossen?

Ich werde mich in diesem Text vor allem auf die zweite und dritte Frage konzentrieren, da sie für die ethische Perspektive ausschlaggebend sind.

⇒ 3 Ist Wachstum möglich – können wir (noch) wachsen und wie?

Schon in den 1970er Jahren hat sich Herman Daly, der als Schlüsseldenker der Nachhaltigkeitsdiskussion gilt, mit Fragen der »biophysischen Grenzen« von wirtschaftlichem Wachstum beschäftigt (Daly 1973, 31). Ihm zufolge soll die geltende »ökonomische Norm«, die auf die quantitative Ausdehnung menschlicher Produktion abzielt, durch das Ziel einer »qualitativen Verbesserung« ersetzt werden. Durch eine begriffliche Unterscheidung zwischen physischem Wachstum einerseits und Entwicklung andererseits will Daly darauf aufmerksam machen, dass der Fortschritt menschlicher Gesellschaften analog zu den Entwicklungsstadien eines jeden menschlichen Individuums von einer Anfangsphase schnellen physischen Wachstums zu einer Phase fortschreitender geistiger Entwicklung kommt, bei der sich zusätzliches physisches Wachstum eher destabilisierend auswirkt und kontraproduktiv ist (Muraca 2009). Die Chance einer solchen qualitativen Verbesserung sieht Daly eben in dem normativen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, i.e. eine Entwicklung, die anders als (materielles) Wachstum innerhalb der biophysischen Grenzen des Planeten »getragen« (*sustained*) werden kann. Dies bedarf für Daly einer strikten Einhaltung der Bedingungen von Entmaterialisierung und Bevölkerungskontrolle.

Das Konzept starker Nachhaltigkeit in der Formulierung von Daly ist nur dann inkompatibel mit wirtschaftlichem Wachstum, wenn dieses eine zunehmende Inanspruchnahme der Ressourcen- und Senkenfunktion von Ökosystemen in unserer ohnehin bereits »vollen« Welt impliziert. Auch für Daly gelten nicht nur funktionale Gründe für eine Abkehr von (materiellem) Wachstum, sondern auch und vor allem normative Gebote inklusive einer moralischen Verpflichtung ge-

genüber nicht-menschlichen Naturentitäten und -prozessen. Wachstum ist mit anderen Worten nur dann möglich (bzw. normativ legitimierbar), wenn es nachhaltig ist. Die zentrale Frage wird somit auf die theoretische Auseinandersetzung mit dem Verständnis von Nachhaltigkeit verschoben und mit der Möglichkeit eines Ent- oder Dematerialisierungspfades wirtschaftlicher Wertschöpfung gekoppelt.

Viele VertreterInnen der südeuropäischen wachstumskritischen Bewegung kritisieren dagegen den Begriff ›nachhaltige Entwicklung‹ als ein Oxymoron, da wirtschaftliche Entwicklung unter den Voraussetzungen des jetzigen ökonomischen Mainstreams bzw. der geltenden Stabilisierungsbedingungen spätkapitalistischer Gesellschaften per se Wachstum impliziere; demnach könne Entwicklung gar nicht ›nachhaltig‹ sein ohne eine radikale Veränderung der Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion (Latouche 2007).

Darüber, dass materielles Wachstum, wie es bisher der Fall war, nicht mehr möglich ist, sind sich alle einig, bis auf wenige eher ungläubwürdige Klimaskeptiker. Die ökologischen Grenzen des Wachstums führen zu unmittelbaren Konsequenzen für die Reproduzierbarkeit wirtschaftlicher Prozesse. Wachstum sei aber vielmehr – so einige neoklassische Ökonomen wie Paqué – eine Frage der monetären Wertschöpfung und daher nicht automatisch mit einer Steigerung materieller Beanspruchung natürlicher Ressourcen und Senken verbunden (Paqué 2010). Durch technologische Entwicklung ließe sich Ressourcenproduktivität steigern, Substitute für knappe Ressourcen aufspüren und Lösungen für eine Ausweitung der Tragekapazität der Senken finden (Geo-Engineering-Projekte). Die OECD hat letztes Jahr eine neue gemeinsame Strategie für alle OECD-Länder unter dem Mantel des grünen Wachstums lanciert:

Green growth means fostering economic growth and development while ensuring that natural assets continue to provide the resources and environmental services on which our well-being relies (OECD 2011, 9).

Stillschweigende normative Annahme dieser Strategie ist, dass Wachstum eine unverzichtbare Bedingung für Wohlstand, ja sogar ein wesentliches Recht (vor allem für die Länder des globalen Südens) sei. Grünes Wachstum wird als nachhaltig und somit als Lösungspfad aus der ökologischen Krise propagiert.

Ist aber grünes Wachstum möglich und wenn ja unter welchen Bedingungen?

⇒ 3.1 Flow-Funds-Theorie: Wachstum als Steigerungs- und Intensivierungslogik

Zweifel gegen ein naives Vertrauen in Entmaterialisierung und technischen Fortschritt als Ausweg aus der ökologischen Krise lassen sich mit Bezug auf Investitionslogik, Konsumverhalten und Produktionsprozesse formulieren.

Auf der Seite des Konsumverhaltens von Individuen wird der technische Vorteil in Abwesenheit von regulatorischen Maßnahmen wieder zunichte gemacht: In der Ökonomie ist dieses Phänomen als Rebound-Effekt bekannt: wenn die Kosten bestimmter Produkte und Dienstleistungen aufgrund technologischer Verbesserung sinken, führt dies zu einer intensiveren Inanspruchnahme (wenn ein effizienteres Auto weniger Benzin verbraucht, kann man größere Entfernungen fahren) oder einer Parallelnutzung (der alte noch funktionierende Kühlschrank kommt in den Keller) bzw. kann wiederum das ersparte Geld für andere Zwecke (z.B. Fernurlaub) verwendet werden. Während die relative Ressourcenproduktivität (pro Einheit) in der Tat steigt, lässt sich keine Reduzierung des Impaktes auf Ressourcen und Senken in absoluten Termini beobachten, weil entsprechend auch die Gesamtzahl von Produkten zunimmt. Dieses Phänomen betrifft nicht nur das individuelle Konsumentenverhalten: auch für die Produzenten müssen die Kosten technologischer Investitionen durch einen höheren Marktabsatz gedeckt werden. Darüber hinaus kann man von »macroscopic rebound effects« reden, wenn technische Verbesserungen generell zu einer Senkung der monetären, ökonomischen, zeitlichen, sozialen, physischen, räumlichen und institutionellen Nutzungseinschränkungen von Ressourcen führen und daher ihre intensivere Inanspruchnahme begünstigen (Schneider 2008,29). Demnach sei es nahe liegend, dass »even Growth of an immaterial economy has the potential of a reallocation to the material economy« (ebenda). Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die spanische Immobilienblase, in der »immaterielles« Finanzkapital nach Investitionsmärkten suchte. Es lässt sich laut Schneider vermuten, dass eben diese Reallokation kein unerwünschter Nebeneffekt, sondern eine grundlegende Bedingung wirtschaftlichen Wachstums sei: Das Kredit- und Zinssystem, welches Grundbedingung für die Finanzierung von technologischen Innovationen ist, führt zu einer wachstumstreibenden Steigerungslogik.

Inwieweit eine radikale Verschiebung wirtschaftlicher Wertschöpfung auf den Dienstleistungssektor eine Entmaterialisierung der Ökonomie mit sich bringen würde, ist ebenfalls eine umstrittene Frage: die ener-

getische und stoffliche Bilanz der ITK-Branchen ist deutlich negativ (Verbrauch von Großservern, Nutzung von seltenen Erden) und gerade technologische Innovationen sind für die zunehmende Kurzlebigkeit der Produkte verantwortlich. So genannte personenbezogene Dienstleistungen (Pflege, Erziehung) mögen vielleicht einen geringeren ökologischen Fußabdruck haben, wobei selbst hier alle Elemente berücksichtigt werden müssten. Ein ökonomisches Wachstum, das durch personenbezogene Dienstleistungen getrieben wird, wäre vielleicht möglich. Die Frage ist, ob in diesem Fall tatsächlich von einer steigenden Wachstumsrate die Rede sein kann, bei der die an Wachstum gekoppelten Versprechen gehalten werden können.

Was die stoffliche und energetische Basis von Produktionsprozessen angeht, lassen sich laut dem rumänischen Ökonomen, Nicholas Georgescu-Roegen, der als Vater der ökologischen Ökonomik gilt, bei jedem ökonomischen Prozess³ zwei Arten von Faktoren unterscheiden, die wesentlich für die Durchführung und Reproduzierbarkeit (Wiederholbarkeit) desselben sind: so genannte Fondsfaktoren und Strom- oder Flussfaktoren (Georgescu-Roegen 1971):

- Fondsfaktoren sind die kreativen Produktionsagenten, da sie den Strom natürlicher Ressourcen in wertvolle Produkte verwandeln. Fondsfaktoren müssen in einer konstanten spezifischen Effizienz erhalten werden, damit sie ihre Leistungen (*services*) erbringen können. D.h. sie müssen immer wieder imstande sein, diese Leistungen erbringen zu können. Nehmen wir das Beispiel des Pizzabackens, sind z.B. die Tomaten, die im Prozess verwandelt und am Ende konsumiert werden, Stromfaktoren, während der Backofen und die aktive Zubereitung des Bäckers Fondsfaktoren sind (sie müssen imstande sein, weitere Pizzen backen zu können und werden nicht im Prozess stofflich abgenutzt: wenn der Finger des Kochs auf der Pizza landet,

(3) Ein ökonomischer Prozess ist für Georgescu-Roegen ein kreativer (produktiver) Verwandlungsprozess, durch den Menschen sich weiterentwickeln und Komplexität schaffen, um ihr Leben zu verbessern. Analog zu biologischen Prozessen setzen ökonomische Prozesse qualitativ hochwertige Energie aus dem Umfeld für das Hervorbringen und das Erhalten größtmöglicher Komplexität ein, ohne dabei in einen Zustand der entropischen Unordnung zu fallen (Muraca 2010). Lebewesen »ernähren sich« (*feed on*) von der niedrigen Entropie des Umfeldes und geben wiederum hohe Entropie an das Umfeld ab. Ökonomische Prozesse sind eine kreative Erweiterung der endosomatischen (innerkörperlichen) Evolution von Organismen, die die Menschen ein Stück weit von ihrer biologischen Abhängigkeit befreit hat (Georgescu-Roegen 1977a, 363ff.). Das Ziel der ökonomischen und technologischen Entwicklung sei demnach die Sicherung und Erhöhung der Lebensqualität (*enjoyment of life*) von Menschen (Georgescu-Roegen 1971, 18). Gerade wegen ihrer kreativen und evolutorischen Komponente verbrauchen ökonomische Prozesse aber umso mehr die niedrige Entropie (die qualitativ hochwertige Energie) des Umfeldes.

ist offensichtlich ein fataler Fehler passiert, ein Fondselement ist plötzlich zum Stromelement geworden!) Die drei Fondsfaktoren sind nach Georgescu-Roegen: Kapital im herkömmlichen Sinne (Sachkapital, Maschinen), Land (die Grundlage dafür, dass es immer wieder Tomaten für die Pizza gibt, Energie und Metalle für den Ofen etc.) und Arbeit (hier: die Tätigkeit des Bäckers, aber auch die der Bauern, die die Tomaten für die Pizza produziert haben und derjenigen, die den Ofen hergestellt haben usw.).

• Strom- oder Flussfaktoren werden hingegen durch den ökonomischen Prozess qualitativ verändert oder verbraucht. Dazu gehören u.a. Inputs (Ressourcen wie die Energie für den Ofen, aber auch Tomaten, Mehl etc.), Outputs (Produkte und Abfälle), aber auch sogenannte Erhaltungsströme (Georgescu-Roegen 1971, 225 ff.). Erhaltungsströme sind all diejenigen Ströme (sowohl natürliche als auch künstliche), die für die Erhaltung der konstanten spezifischen Effizienz von Fonds notwendig sind, inklusive der Absorptions- und Senkenfunktionen, die ökonomische Prozesse auf Dauer ermöglichen. In unserem Beispiel gehört all das dazu, was für die Wartung des Ofens nötig ist, aber auch für die Regeneration des Bodens (z.B. Düngung) und der menschlichen Arbeit (Essen, Ruhen, aber auch z.B. Pharmaka).

Solange die ökonomische Betrachtung eines bestimmten Produktionsprozesses nur Inputs und Outputs berücksichtigt, kann nachhaltiges Wachstum im Sinne einer steigenden Ressourcenproduktivität, oder aber der Substitution von erneuerbaren durch fossile Ressourcen, gerechtfertigt werden. Durch technologische Mittel kann sowohl die Ressourcennutzung so intensiviert werden, dass pro Produkteinheit viel weniger Ressourcen nötig werden (oder andersherum: mit der gleichen Menge an Ressourcen viel mehr Produkte hergestellt werden können), als auch die Wiederverwertbarkeit von Outputs gesteigert werden (Recycling, geschlossene Stoffströme, Kraft-Wärme-Kopplung etc.). Das Problem wird komplizierter, wenn die Regenerationsprozesse der Fonds ebenfalls berücksichtigt werden, denn in diesem Sinne sind viele technologische Innovationen parasitär, d.h. sie beanspruchen den Einsatz weiterer Erhaltungsströme aus anderen Prozessen. Demnach sind viele der Technologien, die auf den ersten Blick als umsetzbar (*feasible*) für die Steigerung der Ressourcenproduktivität erscheinen, unter Berücksichtigung aller relevanten Erhaltungsströme nicht selbsterhaltend (*viable*) (Georgescu-Roegen 2003, 207ff.).

Wie John Gowdy unter Bezugnahme auf Georgescu-Roegen schreibt:

A technology (...) is viable, if and only if it can maintain the corresponding material structure which supports its resource and sink functions, and consequently supports human activity indefinitely under current environmental conditions. A technology that draws down irreplaceable stocks, or generates irreducible pollution, or violates the ability of funds to provide assimilative and restorative services, is not viable. A viable technology must maintain the fund factors H, K, and L (Gowdy/ O'Hara 1997, 242).

Da Erhaltungsströme auch das Ergebnis anderer Produktionsprozesse sein können, sind wir bei nicht-selbsterhaltenden (*non-viable*) Technologien zu einem unendlichen Regress gezwungen: Die notwendigen Erhaltungsbedingungen eines bestimmten Produktionsprozesses entstammen einer Anzahl anderer Produktionsprozesse, die ihrerseits wiederum durch andere Produktionsprozesse erhalten werden, und so fort. Eben die Möglichkeit dieses unendlichen Regresses ist laut Georgescu-Roegen die Grundbedingung für wirtschaftliches Wachstum.

Die Substitution von fossilen Quellen durch erneuerbare ist auf dem ersten Blick der goldene Weg hin zu einem nachhaltigen Wachstum. Energie kann durch Alternativen zum Öl generiert werden. Allerdings werden auch hierfür Materialien nötig, die nicht im Überfluss vorhanden sind (seltene Erden, Metalle). Außerdem wird für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen Fläche in Anspruch genommen – dies führt zu Nutzungskonkurrenz mit der landwirtschaftlichen Produktion für die Ernährung. Betrachtet man außerdem, dass nicht nur Energie, sondern auch stoffliche Substitute für Öl gefunden werden müssen, wird der Konkurrenzdruck auf die Fläche noch größer: Die Produktion von Biomasse und Bioplastik beansprucht nicht bloß quantitativ Fläche, sondern auch qualitativ wertvolles Land, ein in den letzten 150 Jahren vernachlässigter Produktionsfaktor, der aber durch die Knappheit der fossilen Quellen heute wieder zentrale Bedeutung als »Fond« gewinnt.

Ein wichtiger Unterschied besteht laut Georgescu-Roegen zwischen Lebewesen und ökonomischen Prozessen: Lebewesen haben ihre Entwicklung hauptsächlich an die einzige praktisch unerschöpfliche Quelle niedriger Entropie (hochwertige Energie) gebunden, die es auf der Erde gibt: die Solarenergie, so wie sie von der Erdoberfläche (Land) gefangen wird. Diese wird dank der Vielfalt und Komplexität an lebendigen Fonds (Bakterien, Pflanzen etc.) (Ott/ Döring 2008, 219ff.) nutzbar gemacht. Während die Menge der Sonnenstrahlung für

irdische Verhältnisse so gut wie unbegrenzt ist, ist es ihre Stromrate nicht (vgl. u.a. (Georgescu-Roegen 1977, 267ff.): Die endosomatische Entwicklung ist von dieser Stromrate und von den sie erhaltenden Regenerationsprozessen und -zeiten abhängig.

Die technische Entwicklung hat hingegen die Menschen von dieser zeitlichen Abhängigkeit vorläufig abgelöst, da sie auf den irdischen nicht regenerierbaren Beständen nutzbarer Energie und Materie fußt (den fossilen Quellen und weiterer Vorräte wie Metalle). Anders als die Sonnenstrahlung sind die Ströme aus den irdischen Beständen zwar in ihrer Menge begrenzt, aber unbegrenzt hinsichtlich ihrer Nutzungsrate. Die heutige Nutzung kann auf Kosten künftiger Nutzungsmöglichkeiten willkürlich gesteigert werden (wir können nicht heute die Solarenergie und die Pflanzen von morgen nutzen, anders als Kohle und Öl, dessen Nutzungsrate und -intensität mehr oder weniger in unseren Händen liegt). Dadurch kann sowohl der Prozess der Herstellung neuer exosomatischer Instrumente nahezu grenzenlos aber nicht unendlich beschleunigt als auch die Produktivität der Prozesse, die vom Faktor Land abhängig sind, durch künstliche Produkte gesteigert werden. Die Nutzung mineralischer Dünger in der Landwirtschaft ist hierfür ein gutes Beispiel. Am Ende aber ist man auf die Begrenztheit von Land als (qualitativ wertvolle und durch Lebewesen regenerierbare) Fläche und auf die entsprechenden Regenerationszeiten angewiesen, die bei knapp werdenden fossilen Quellen nicht mehr beliebig gesteigert werden können.

Die Frage, ob Wachstum überhaupt möglich sei, stellt sich daher vor allem hinsichtlich des gewählten analytischen Raum- und Zeithorizonts. Solange die Verschiebung auf irdische Quellen noch möglich ist, mag die Rechnung des unendlichen Regresses aufgehen. Dies geschieht aber auf Kosten künftiger Entwicklung, da wir schon heute diejenigen Bestände aufbrauchen, die uns ansonsten auch morgen eine gewisse Unabhängigkeit von den zeitlichen Grenzen des Fonds Land geboten hätten. Sind diese Bestände verbraucht, werden nur noch genuin selbsterhaltende (*viable*) Technologien möglich sein, sofern diese überhaupt realisierbar sind. Die Frage lautet für Georgescu-Roegen nicht nur, ob, sondern vor allem: wie lange ein solcher Wachstumspfad verfolgt werden kann.

Wachstum – auch grünes! – stellt sich somit als parasitär da, sowohl hinsichtlich der Zukunft (und der Nutzungschancen künftiger Generationen) als auch hinsichtlich der räumlichen Beanspruchung nutzbarer Fläche (und der Nutzungschancen heute auf Erde lebenden Generationen). Brasilien gilt als ein Vorreiter der Green Economy, denn das Land gewinnt etwa 40% seiner Energie aus erneuerbaren

Quellen. Diese umfassen u.a. Zuckerrohrplantagen für die Herstellung von Biomasse, gigantische Staudammprojekte und GMO-Eukalyptusplantagen in ehemaligen Urwaldgebieten. Palmölplantagen anstelle von Urwäldern in Südostasien decken einen ähnlichen Bedarf an Biodiesel ab. Konkurrenz zwischen Flächen für Ernährung und welche für die Energie- und Biomasseproduktion sind an der Tagesordnung. Grünes Wachstum in den OECD-Ländern lässt sich oft dadurch erklären, dass energie- und stoffintensive Produktionssektoren in Entwicklungsländer ausgelagert wurden, von deren Erträgen aber unsere Gesellschaften immer noch profitieren.

Die Frage nach der Möglichkeit von Wachstum stellt sich somit zwangsläufig als eine normative Frage, die inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit impliziert.

⇒ 4 Ist Wachstum moralisch zu rechtfertigen? Dürfen wir (noch) wachsen?

Wie wir gesehen haben, impliziert die Frage nach der Möglichkeit von Wachstum bereits in ihrem Kern eine Auseinandersetzung mit den moralischen und ethischen Konsequenzen einer an Wachstum orientierten Wirtschaftsweise. Wenn überhaupt Wachstum sich rechtfertigen lässt, dann als nachhaltiges Wachstum. In dem Wort ›nachhaltig‹ ist bereits die moralische Einschränkung eindeutig, die der Nachhaltigkeitsbegriff mit sich bringt. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist nämlich bereits von seinen historischen Ursprüngen in der *Syvicultura Oeconomica* von Carlowitz vgl. (Karafyllis 2002) als normativer Begriff intendiert: es ging schon um eine regulierte Nutzung der lebensnotwendigen Ressource ›Holz‹ unter der Bedingung intergenerationeller Gerechtigkeit. Demnach impliziert eine jede Nachhaltigkeitstheorie eine Theorie der Verteilungsgerechtigkeit, wie Döring et al. deutlich formuliert:

Nachhaltigkeit ist ein normativer Begriff, der sich im Unterschied zu beliebigen subjektiven Zielen oder zu kulturellen Leitbildern auf eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise bezieht, die in moralischen Verpflichtungen gegenüber künftigen Generationen gründet (Döring et al. 2007).

Je nachdem, was man unter Gerechtigkeit versteht, ändert sich das Verständnis von Nachhaltigkeit und ebenfalls die Perspektive, inwieweit Wachstum ein Hindernis oder eine Bedingung für Verteilungsgerechtigkeit sei. Dabei stellen sich folgende Fragen:

1. Wem gegenüber bestehen Gerechtigkeitsverpflichtungen – nur heute lebenden oder auch künftigen Menschen gegenüber? Nur Menschen oder auch nicht-menschlichen Naturwesen gegenüber?
2. Zweitens stellt sich die Frage, auf welche Maßstäbe sich diese Verpflichtungen beziehen (zum Beispiel auf Ressourcen, Glück oder Fähigkeiten), das heißt worauf jeder Berechtigte einen Anspruch hat. Im Nachhaltigkeitsdiskurs ist herkömmlicherweise von Verteilung von ›Kapitalien‹ die Rede (vor allem Sach-, Sozial- und Naturkapital). Bezogen auf künftige Generationen heißt es: was zählt denn zu einer fairen Hinterlassenschaft? Die Auseinandersetzung betrifft vor allem das Naturkapital und die Frage, inwieweit Kapitalien untereinander substituierbar sind oder nicht. Diese Frage ist für die moralische Perspektive auf Wachstum ausschlaggebend.
3. Drittens stellt sich die Frage, nach welchen Verteilungsmustern (egalitär-komparativ oder nach einem absoluten Standard) diese Ansprüche den Einzelnen zugewiesen werden (gleiche Verteilung, oder Deckung der Grundbedürfnisse, bzw. Gewährleistung wesentlicher Bedingungen für die Ausübung von grundlegenden sinnvollen Tätigkeiten). Die Frage nach dem Verteilungsmuster ist allerdings untrennbar von der Frage nach dem ›WAS‹ überhaupt verteilt bzw. erhalten werden soll (vgl. Sen 2001), weswegen ich im Folgenden nicht mehr gezielt darauf eingehen werde.

⇒ 4.1 Verteilungsgerechtigkeit für wen?

Wie zahlreiche Autoren gezeigt haben, lässt sich gut begründen, dass wir moralische Verpflichtungen gegenüber künftigen Generationen haben (Ott 2004). Inwieweit auch gegenüber nicht-menschlichen Naturwesen (Tiere, Pflanzen, Ökosysteme, Arten) Verpflichtungen bestehen, ist eine sehr komplexe Frage, die hier nicht behandelt werden kann (vgl. ausführlich Muraca 2011). Laut einiger Autoren bezieht sich die Nachhaltigkeitsfrage auf eine rein anthropozentrische Perspektive (i.e. nur gegenüber Menschen bestehen moralische Verpflichtungen; (Grunwald/ Kopfmüller 2006), während andere durchaus weitere Positionen als kompatibel mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs erachten (Ott/ Döring 2008). Für unsere Frage ist aber eins klar: eine steigende Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und Senken seitens des Menschen, was durch Wachstum befördert würde, ist mit nicht anthropozentrischen Positionen kaum zu rechtfertigen. Biozentrische, ökozentrische und holistische Positionen verlangen nach einer deutlichen Reduzierung des menschlichen Fußabdruckes und einer Verminderung der menschlichen Einflussphäre auf die (wilde) Natur. In der

Tiefenökologie gehört Abkehr von Wachstum zu den grundlegenden Forderungen, sowohl im Sinne einer Reduzierung menschlicher Bevölkerung weltweit als auch einer Orientierung ökonomischer Produktion auf existentielle Bedürfnisse (Devall/ Sessions 1985). Eine normative Ablehnung von Wachstum scheint – sofern ein wahrhaftig grünes Wachstum kein gangbarer Weg ist – aus nicht-anthropozentrischer Perspektive ohnehin begründet. Wiederum stellen sich entscheidende Fragen des Umwelt-, Natur-, Biodiversitäts- und Ökosystemschutzes ebenfalls aus anthropozentrischer Perspektive. Wie Martinez-Alier treffend formuliert: während sich Naturschutz vor allem im Sinne von Wildnisschutz als eine Luxusfrage der Umweltbewegungen im globalen Norden herausgestellt hat, ist dies für den globalen Süden vielmehr eine Frage des Schutzes der wesentlichen Lebensgrundlagen, vor allem für die lokale und indigene Bevölkerung (Martinez-Alier 2002). Dabei geht es nicht nur um den Schutz der Grundlagen bloßer Existenz, sondern auch um die Grundlagen eines ›guten‹, weil menschenwürdigen Lebens (Muraca 2011). Die Liste der Ökosystemdienstleistungen, die das Millennium-Ecosystem-Assessment 2005 identifiziert hat, umfassen neben existenznotwendigen Funktionen auch kulturelle und spirituelle Werte von Natur (MEA 2005). Die brisantere Frage aus anthropozentrischer Perspektive betrifft daher den Zusammenhang zwischen Verpflichtungen gegenüber künftigen und heute lebenden Generationen und die Frage, worin ihr Recht auf ›Natur‹ bestehe.

⇒ 4.2 Was gehört zu einer fairen Hinterlassenschaft?

Die moralische Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen muss durch Annahmen ergänzt werden, die sich auf die Beschaffenheit einer kollektiven Hinterlassenschaft, mithin auf unterschiedliche Güter und Optionen beziehen. Ott und Döring fassen ihre Position wie folgt zusammen:

Hinterlassenschaften sollen Mitglieder zukünftiger Generationen daher nichts ›verbauen‹, sondern sie vielmehr in die Lage versetzen, moralisch autonom und authentisch ihren Lebensstil zu wählen und ihre jeweilige Konzeption des ›guten Lebens‹ zu verwirklichen“ (Ott/Döring 2008, 99).

Es wird demnach gefragt, woraus die Hinterlassenschaft (*fair bequest package*) besteht, auf die künftige Generationen Anspruch haben. Wie Ott hervorhebt, geht es dabei vor allem um den Fokus auf die natürlichen Lebensgrundlagen.

In der Diskussion um die Struktur der fairen kollektiven Hinterlassenschaft unterscheiden sich die Konzepte schwacher und starker Nachhaltigkeit grundsätzlich darin, wie die Substitutionsmöglichkeiten von Naturkapitalien beurteilt werden. Während das Konzept schwacher Nachhaltigkeit von einer prinzipiell unbegrenzten Substituierbarkeit aller Kapitalbestände ausgeht, plädieren Vertreter der Konzeption starker Nachhaltigkeit wie Herman Daly für eine – wenn überhaupt – nur stark begrenzte Substituierbarkeit von Naturkapital inklusive kultivierten Naturkapitals. Schwache Nachhaltigkeit betrachtet die verschiedenen Kapitalien der Gesellschaft unter einer Portfolio-Perspektive, in der Naturkapital nur einer von mehreren »Posten« ist (Döring, Egan-Krieger et al. 2007).

Unabhängig davon, ob und wie andere Kapitalien zunehmen, besteht hingegen für die starke Nachhaltigkeit eine Verpflichtung, Naturkapital im Interesse zukünftiger Generationen (mindestens) konstant zu erhalten. Die konstante Erhaltung bezieht sich weniger auf einzelne Bestandteile oder Entitäten als auf die Bedingungen der kontinuierlichen (re)produktiven⁴ Aktivität von natürlichen Prozessen (ähnlich wie das, was Georgescu-Roegen als »Land« bezeichnete). Sowohl der Begriff »Land« als auch »Naturkapital« sind Totalitätsbegriffe, die erneuerbare und nicht erneuerbare Bestände sowie lebendige und nicht lebendige Fonds umfassen (Faber/Manstetten 1998; Egan-Krieger 2005). Während Bestände (nicht erneuerbare wie Öl, erneuerbare wie Holz) über eine mehr oder weniger lange Zeitspanne akkumuliert wurden und – wie bereits erwähnt – nach unseren Bedürfnissen und von uns bestimmbarer Nutzungsrate verbraucht werden können, kann die Nutzungsrate lebendiger Fonds (Lebewesen, z.B. Bakterien, aber auch ein Wald oder aber das, was wir irrtümlicherweise einen Fischbestand nennen) oder nicht lebendiger Fonds (Wasser, Luft) nicht beliebig gesteigert werden, ohne dass die spezifische Beschaffenheit

(4) Wie bereits angeführt, ist »Land« ein aktiver Produktionsfaktor. Die aktive Produktivität besteht aus den zahlreichen Prozessen, die lebendige und nicht lebendige Fonds (Bakterien, Pflanzen, aber auch Wasser) möglich machen, um die Effizienz von »Land« konstant zu halten. Zu dieser produktiven Aktivität gehört ebenfalls die Reproduktion, i.e. die Regenerierung z.B. des Bodens oder die Absorption von Emissionen. Biesecker und Hofmeister haben daher die Schreibweise (Re)produktivität gewählt, um auf die von standard-ökonomischen Bewertungsmustern vernachlässigte Produktivität von Natur hinzuweisen (Biesecker/ Hofmeister 2001).

des Fonds und seine Regenerierungsmöglichkeit schwerwiegend und oft irreparabel beeinträchtigt werden. Da es sich oft um unumkehrbare Prozesse der Zerstörung handelt, dürfen wir mit Bezug auf zukünftige Generationen Fonds nicht wie Vorräte nutzen, d.h. nicht über ihre Regenerationskapazität in Anspruch nehmen, wenn wir die Chancen zukünftiger Generationen und ihren Anspruch auf kreative Lebensgestaltung und Lebensverbesserung nicht verbauen wollen.

Laut dem von einer Konzeption starker Nachhaltigkeit geprägten SRU-Gutachten 2002 soll der Erhalt von Naturkapital mithilfe folgender Managementregeln gesichert werden:

i) Erneuerbare Ressourcen dürfen nur in dem Maße genutzt werden, in dem sie sich aus sich selbst heraus regenerieren. ii) Erschöpfbare Rohstoffe und Energieträger dürfen nur in dem Maße verbraucht werden, wie im Verlauf dieses Vorgangs physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz an regenerierbaren Ressourcen geschaffen wird. iii) Schadstoffemissionen dürfen die Aufnahmekapazität der Umweltmedien und Ökosysteme nicht übersteigen und Emissionen nicht abbaubarer Schadstoffe sind unabhängig von dem Ausmaß, in dem noch freie Tragekapazitäten vorhanden sind, zu minimieren (SRU 2002).

Außerdem sind Fonds- und Stromfaktoren nicht untereinander substituierbar (so lässt sich die Tätigkeit des Kochs nicht durch mehr Zutaten ersetzen). Die Substitution jeweils innerhalb von Fonds und Strömen ist nur begrenzt möglich und z.T. mit Bezug auf andere Produktions- oder Reproduktionsprozesse parasitär (Maschinen statt Köche – Maschinen müssen wiederum programmiert und konstruiert werden; die Substitution von erneuerbaren statt nicht erneuerbaren Ressourcen impliziert andere Erhaltungsströme und Reproduktionszeiten und erhöht die Beanspruchung fruchtbarer Flächen und somit die Nutzungskonkurrenz).

Was sagt uns dies bezogen auf die Wachstumsfrage? Erstens ist Wachstum nur mit den fundamentalen Prinzipien intergenerationaler Gerechtigkeit vereinbar, wenn es nachhaltig gestaltet werden kann. Je nachdem welche Konzeption von Nachhaltigkeit zugrunde gelegt wird, kann Wachstum als eine Bedingung oder als ein Hindernis für Gerechtigkeit betrachtet werden. Unter der Annahme einer weitgehenden Substituierbarkeit zwischen Natur- und Sachkapital bzw. zwischen Sach- und Humankapital (letzteres wäre ein Dematerialisierungspfad, indem Wissen und Bildung anstelle stofflich und energiebasierter Herstellungsprozesse Wachstumsmotoren werden) verspricht Wachstum eine Verbesserung des Lebensstandards zukünftiger Generationen (das Portfolio erweitert sich). Ist darüber hinaus

die Verfügbarkeit von mehr Kapital in Form von Geld gewährleistet, bleiben die Chancen und Optionen künftiger Generationen offener, da Geld als Universaläquivalent für die Befriedigung von Präferenzen gilt. Als Unterstützung dieser Position wird oft die sogenannte Umwelt-Kuznet-Kurve erwähnt, anhand derer die Korrelation zwischen BIP und Umweltschäden nur bis zu einer bestimmten Schwelle parallel wächst. Ab dieser Schwelle steigt das BIP und der Überschuss wird in Umweltmaßnahmen investiert, so dass Wachstum gerade als eine Grundbedingung für den Umweltschutz betrachtet werden kann.

Es ist in der Tat so, dass die Umwelt-Kuznet-Kurve in bestimmten spezifischen Fällen beobachtet werden konnte (SO_2). Es bleibt jedoch fraglich, ob die Kurve sich generalisieren lässt (SRU 2002). Ein Grund für den Erfolg der Kurve ist außerdem die Verlagerung von umweltschädlichen und ressourcenintensiveren Produktionssektoren bzw. des Tage- und Bergbausektors in Länder des globalen Südens.

Wie bereits erläutert, lässt sich Naturkapital nicht ohne weiteres substituieren. Ein fundamentales Problem der Substitution ist die Irreversibilität (Unumkehrbarkeit) bestimmter degenerativer Prozesse⁵. Es stimmt daher nicht, dass Geld alle Optionen offen lässt, denn einige dieser Optionen (wie die Umkehrung schädlicher Prozesse) sind ein für alle Mal verbaut. In diesen Fällen stellt sich nur die Frage, inwieweit die entstandenen Schäden in monetären Größen kompensiert werden können. Die Idee der Kompensierbarkeit beruht auf der Annahme, der von Naturkapital gestiftete Nutzen sei durch andere Güter substituierbar. Inwieweit aber bestimmte Teile des Naturkapitals ohne weiteres durch Geld kompensiert werden dürfen, hängt von dem evaluativen Rahmen der Betroffenen ab: handelt es sich um fundamentale Lebensgrundlagen oder um wesentliche Aspekte eines menschenwürdigen Lebens, so ist die Rechtfertigung moralisch problematisch (vgl. hierzu Muraca 2011).

Aus der Perspektive der intragenerationellen Gerechtigkeit lassen sich zahlreiche Gründe für die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum anführen. Wenn der Kuchen insgesamt wächst, so ist für alle genug da, ohne dass jemandem etwas weggenommen werden muss.

(5) Genauer gesagt, sind alle Energie- und Materieverwandlungsprozesse aufgrund des Entropiegesetzes unter dem Gesichtspunkt menschlicher Lebenszeit de facto unumkehrbar. Jedoch spielt die Unumkehrbarkeit in manchen Fällen eine geringere Rolle als in anderen. Das Recyceln von zerstreuten Materieteilen ist zum Beispiel nicht per se unmöglich, bedarf aber eines solchen Energieeinsatzes, der es unökonomisch und sinnlos macht. Ähnlich gilt heute für die Ölförderung: knapp ist (noch) nicht das Öl per se, sondern die Vorkommen, die unter ökonomischer Perspektive noch nutzbar sind – solche, bei denen der Energie- und Materialeinsatz nicht höher ist als der Ertrag. Das meint eben der Ausdruck ›Peak Oil‹.

Unpopuläre Umverteilungsmaßnahmen werden somit gemieden und soziale Mobilität (Aufstiegschancen) gesichert. Dies gilt als eine der wesentlichen Bedingungen für die Stabilität moderner Demokratien, die auf einen möglichst breiten Konsens angewiesen sind. Dementsprechend steigt durch Wachstum das gesamte Steueraufkommen, was wiederum eine tragende Säule für Wohlfahrtsstaaten ist und zur Reduzierung sozialer Konflikte beiträgt. Ein weiteres Argument für Wachstum ist die Sicherung von Erwerbsarbeit. Steigende Arbeitsproduktivität würde zur Arbeitslosigkeit führen, wenn die Wirtschaft nicht schneller als die Arbeitsproduktivität wächst.

Zahlreiche Studien zeigen jedoch, dass Wachstum nicht automatisch zu einer Eindämmung sozialer Konflikte und ebenfalls nicht zu einer Verbesserung des Lebensstandard von allen Bevölkerungsschichten führt, sondern nur unter der Bedingung gezielter und umfassender (Um)verteilungsmaßnahmen. Hingegen hat Ungleichheit de facto in den Industrieländern in den vergangenen Jahren trotz oder wegen Wachstum stark zugenommen. Mit geringerem Wachstum mag sich die Verteilungsfrage verschärfen, aber selbst hohe Wachstumsraten sind keine Garantie für mehr Gleichheit.

Darüber hinaus haben zahlreiche WissenschaftlerInnen gezeigt, dass BIP und Lebensqualität nur bis zu einer bestimmter Schwelle parallel wachsen. Ab dieser Schwelle wächst die Wirtschaft weiter, während die Lebensqualität (gemessen auf der Grundlage u.a. vom ISEW) stagniert oder sogar abnimmt (Max-Neef 1995). Ähnliche Korrelationen lassen sich zwischen BIP-Wachstum und Glück aufweisen.

Laut WachstumskritikerInnen verwandelt die Zerstörung vielfältiger marktunabhängiger Zugänge zu notwendigen Lebensgrundlagen sowie die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, z.B. durch den globalen Klimawandel und die geopolitische Aneignung von Land für Biomasseproduktion, gerade in den Ländern des globalen Südens menschenwürdige und konviviale Armut in Elend und macht Menschen vom Wachstum abhängig (Latouche 2004; Rahnema 2005; Muraca/Egan-Krieger 2011).

Erwerbsarbeit und Wachstum sind in der Tat eng miteinander verknüpft. WachstumskritikerInnen fragen hier aber provokativ, ob nicht die Erwerbsarbeit per se ein fundamentales Recht jedes Einzelnen sei, sondern vielmehr die in unserer Gesellschaft durch Erwerbsarbeit vermittelten Zugänge zu sozialer Anerkennung, wirtschaftlicher Unabhängigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Der Weg hin zu einer nicht mehr wachsenden oder schrumpfenden Gesellschaft führt zwangsläufig über eine starke Reduzierung der Arbeitsstunden und eine bessere Verteilung der Erwerbsarbeit. Die britische Forschungsgrup-

pe NEF hat kalkuliert, dass eine 21-Stunden-Woche durch eine bessere Verteilung für Großbritannien ein durchaus erreichbares und wünschenswertes Ziel sei (NEF 2010). WachstumskritikerInnen argumentieren auch mit der Steigerung der Lebensqualität, die eine andere Perspektive auf die Erwerbsarbeit mit sich bringen würde. Einige VertreterInnen plädieren für eine Ausweitung des Arbeitsbegriffs zur Einschließung weiterer gesellschaftlich sinnvoller Tätigkeiten und für einen Ausbau von Solidaritätsnetzwerken und Selbstversorgungsökonomien. Solche Positionen sind nicht unproblematisch aus einer Gerechtigkeitsperspektive, stellen aber eine klare Alternative zu dem jetzigen Wachstumspfad dar.

⇒ 4.3 Welcher Maßstab der Verteilung: Nutzen, Glück, Güter oder Fähigkeiten?

Im Kern der Unterscheidung zwischen schwacher und starker Nachhaltigkeit steht auch das unterschiedliche Verständnis des – so könnte man mit Edward Page sagen – ›Maßstabs‹ (*currency*) für Verteilungsgerechtigkeit, i.e. worauf sich die gerechte Ansprüche beziehen. Während aus der Perspektive der schwachen Nachhaltigkeit die Gesamtsumme aller Kapitalien erhalten werden soll, ungeachtet ihrer spezifischer Qualität – weil nur der Gesamtnutzen zählt und nicht die Eigenschaften der ›satisfiers‹ (Pezzey 1992), ist aus der Perspektive der starken Nachhaltigkeit, die sich auf dem Ressourcenansatz stützt, eine ausführliche Auseinandersetzung mit den spezifischen Differenzen der Grundgüter vonnöten. Grundgüter sind zunächst nicht gegeneinander substituierbar, weil sie je ein Grundrecht darstellen, das nicht weiter verhandelt, ersetzt oder kompensiert werden darf (vgl. zu der Kategorie der Schutzgüter Ott 2003).

⇒ 4.3.1 Nutzen, Glück

Für die Konzeption schwacher Nachhaltigkeit ist nur der aus den jeweiligen Kapitalarten gelieferte Nutzen von Relevanz. Was letztendlich diesen Nutzen generiert und wie er sich zusammensetzt, ist insofern irrelevant, als eine relativ hohe Substitutionselastizität zwischen den verschiedenen Komponenten des Gesamtportfolios angenommen werden kann. So wird auch die allgemeine Definition von Kapital als ›stock that yields a flow‹ im Sinne des generierten Nutzenstroms verstanden. Die ›differentiae specificaee‹ (Ott/Döring 2008) der jeweiligen Kapitalien untereinander und in sich selbst können – sofern Präferenzen erfüllt und der Gesamtnutzen gesteigert

werden – getrost vernachlässigt werden. Von der in der Standardökonomik etablierten und auf dem Utilitarismus basierenden Wohlfahrtstheorie wird Nutzen als subjektiver Strom verstanden und auf der Grundlage von individuellen Präferenzen ermittelt, die einzelne Personen in alltäglichen Entscheidungen durch die Allokation ihres vorhandenen Budgets versuchen zu erfüllen. Wie diese Präferenzen entstehen, woher sie kommen, wie und ob überhaupt sie sich moralisch rechtfertigen lassen, spielt für die ökonomische Betrachtung zunächst keine Rolle. Während ein ›objektiver‹ Blick das Kaufverhalten als Ermittlungsgrundlage festlegt (indem Menschen ihr vorhandenes Budget auf verschiedene Güter und Dienstleistungen verteilen, äußern sie de facto die Präferenzen, die ihren Nutzen maximieren), finden sich in der Wohlfahrtstheorie subjektivistische Ansätze: Hier wird Nutzen mit subjektivem Glück gleichgesetzt. Da das subjektive Glück als Zweck und Wert an sich gehalten wird, bezieht sich der Maßstab der Gerechtigkeit nicht auf (materielle oder immaterielle) Güter, auf die Einzelne Anspruch hätten, sondern allein auf den Nutzen, den Personen aus diesen Gütern ziehen und das sich daraus ergebende Glück (Muraca/Egan-Krieger 2011). Gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt resultiert aus der Summe der einzelnen individuellen Nutzenstiftungen. In der subjektiven Wohlfahrtstheorie kann man aggregierte Glücksindikatoren formulieren, wie zum Beispiel im *National Happiness Index* (Layard 2005). Nach Layard soll das auf Maximierung ausgerichtete Glücksstreben von Individuen das letzte Ziel einer Volkswirtschaft sein.

Ein Indikator nationalen Glücks mag auf dem ersten Blick als eine sinnvolle Alternative zum Brutto-Inlandsprodukt (BIP) scheinen, denn durch seine Messbarkeit und Aggregierbarkeit reduziert sich die Komplexität einer vielfältigen Indikatorenpalette. Gerade in dem wachstumskritischen Diskurs übt die Glücksforschung eine sehr starke Faszination aus, denn sie stützt die Entkopplungshypothese, nach der ab einer bestimmten Schwelle Glücksempfinden und materieller Wohlstand auseinanderdriften. Gerade aufgrund der sogenannten Tretmühle, die eine Orientierung am stetigen Wachstum generiert, sinkt das subjektive Glücksempfinden parallel zu einer weiteren Steigerung des BIP (Binswanger 2009).

Außerdem hat die Berücksichtigung des subjektiven Moments im Utilitarismus im Allgemeinen den Vorteil, dass Güter oder Ressourcen nicht per se als förderlich für ein gutes Leben erachtet werden, sondern dass vielmehr die Beziehung zwischen Gütern und den Subjekten, die sie nutzen, ausschlaggebend ist (Sen 1979).

Jedoch lassen sich gegen die Fokussierung auf subjektive Glücksindikatoren nicht wenige Einwände aus ethischer Perspektive formulieren. Subjektives Glück und gutes Leben sind nicht als Synonyme zu verstehen, da der Ausdruck subjektiven Glücksempfindens sehr stark von psychischen Einstellungen und sedimentierten Gewohnheiten abhängig ist: Präferenzen werden sehr stark von den tatsächlichen gesellschaftlichen und kulturellen Machtverhältnissen beeinflusst – so dass die Zufriedenheit einzelner Menschen auch eine Funktion ihrer Erziehung, Sozialisation und zum Teil Anpassung an kulturelle und gesellschaftliche Mustern ist.

Außerdem ist Glück ebenfalls von einem sogenannten Anpassungsverhalten beeinflusst, das insbesondere bei ärmeren und benachteiligten Personen zum Vorschein kommt: demnach versuchen Menschen sich an ungünstige Lebensbedingungen anzupassen, um mit den täglichen Widrigkeiten ihres Lebens fertig zu werden und ihr Leben so erträglich zu machen (Sen 2009; Nussbaum 2000). Wenn sich politische Entscheidungen nur auf der individuellen Ausformulierung von Glücksempfinden stützen, werden entscheidende Gerechtigkeitsaspekte vernachlässigt. Sen weist auf die entscheidende Rolle der Informationsbasis für Gerechtigkeitsvergleiche hin. Dies gilt sowohl aus der Beobachter- als auch aus der Beteiligtenperspektive. So schätzen sich z.B. Menschen aus einer armen, sowie auch informations- und bildungsarmen Region wie Bihar als zufrieden mit ihrem Gesundheitszustand ein, während Menschen aus der reicheren Region Kerala, die über Krankheiten und medizinische Versorgungsmöglichkeiten besser informiert sind und ihre Handlungswirksamkeit stärker präsent haben, mit ihrer Lage nicht zufrieden sind (Deneulin/Shahani 2009).

Da subjektive Präferenzen im Standardansatz nicht in Frage gestellt werden können, impliziert die Grundannahme der Wohlfahrtstheorie auch, dass Individuen für ihre Präferenzen anderen gegenüber nicht rechenschaftspflichtig sind. Glück ist somit eine rein private Angelegenheit und das gute Leben wird letztlich auf bloße individuelle Lebensstilfragen reduziert (hierzu mehr später). Handlungstheoretisch werden soziales und sogar altruistisches Verhalten auf der Grundlage des Utilitarismus ebenfalls auf die Zielsetzung einer Steigerung des eigenen Glücks zurückgeführt. Es bleibt jedoch zumindest fraglich, ob sich menschliches Handeln auf die einzige Fundamentalursache der eigenen Nutzen- bzw. Glücksmaximierung reduzieren lässt. Eine solche anthropologische Erläuterung ist theoretisch selbstimmun: auch altruistische oder reziprozitätsgeleitete Handlungen, die offensichtlich entgegen das eigene Glück vollbracht werden, können immer

über eine wie auch immer ausgeweitete Definition von subjektivem Glück oder Nutzen darauf zurückgeführt werden, selbst wenn Menschen andere Motive oder Gründe für ihre Handlungen anführen. Das Glücksprinzip als Handlungserklärungsgrundlage ist genauso allgemein wie unterkomplex und undifferenziert. Wie Amartya Sen zeigt, lässt sich außerdem mit einem Fokus auf Glück nicht unterscheiden, ob eine Handlung gegen das eigene Glück aufgrund mangelnder Freiheit oder aus Freiheit aufgrund einer vernünftigen Entscheidung vollbracht wurde.

Das Problem verschärft sich, wenn wir das subjektive Glücksprinzip auf künftige Generationen anwenden, da wir nicht wissen können, welche Präferenzen sie äußern würden. Gerade das Anpassungsphänomen kann noch stärker künftige Generationen betreffen, wie Edward Page triftig formuliert: demnach würde das Risiko bestehen, dass künftige Generationen ihre Wünsche der Umweltdegradierung anpassen und somit zu ›contented victims‹ des Klimawandels werden (Page 2007, 455).

⇒ 4.3.2 Ressourcen, Güter

In Otts und Dörings Theorie starker Nachhaltigkeit wird der Fokus auf die Verteilung von unpersönlichen Grundgütern in der Tradition von John Rawls gesetzt. Laut Rawls sind ›socially primary goods‹ prima facie gleich zu verteilen, es sei denn, dass eine Ungleichverteilung den am wenigsten Begünstigten zugutekommt (Rawls 1975). Zu den Grundgütern gehören nicht nur Einkommen oder Vermögen, sondern auch Grundfreiheiten und das, was Rawls die soziale Grundlage der Selbstachtung (*social basis of self-respect*) nennt, sowie auch gleiche Zugangschancen zu Ämtern. Grundgüter sind solche, für die sich Personen unter der Annahme eines Schleiers der Unwissenheit, unter dem die Menschen nicht wissen, in welcher konkreten Situation sie sich nach der Entscheidung befinden werden, rational entscheiden würden. Rawls plädiert für die Priorität der Kategorie des ›Rechts‹ über die des ›Guten‹, da letztere ein subjektiver, nicht verallgemeinerbarer Begriff sei: Eine gerechte Verteilung von Gütern soll demnach ganz unabhängig von den subjektiven Vorstellungen zu diesen Gütern selbst betrachtet werden. Er geht in seiner Ablehnung einer Ausrichtung auf Glück oder auf das gute Leben davon aus, Konzeptionen des guten Lebens seien gerade in modernen pluralistischen Gesellschaften vielfältig und der Versuch einer allgemein konsensfähigen Bestimmung des guten Lebens würde zum Paternalismus und daher zur Einschränkung individueller Freiheit führen. Eine gerechte Ver-

teilung von Gütern und Chancen würde hingegen den einzelnen Individuen die Freiheit überlassen, sich für ein Leben nach ihren Vorstellungen des Guten zu entscheiden.

Handlungstheoretisch liegt der rawlsschen Theorie der Begriff der allgemeinen praktischen Vernunft zugrunde, nach dem Menschen nicht nur instrumentell-rational bzw. nutzenorientiert handeln und denken, sondern (auch) von Prinzipien und Normen geleitet werden, die verbindlich für alle rational denkenden Wesen sind.

Bezogen auf die Wachstumsfrage ist eine auf Rawls beruhende Position nicht eindeutig. Einerseits kann kein naives Vertrauen in ökonomisches Wachstum zugrunde gelegt werden, denn es geht vielmehr um eine Vielfalt an Grundgüter, von denen marktvermittelte Güter und Dienstleistungen nur einen Teil ausmachen. Andererseits scheint Rawls in seinem so genannten Differenzprinzip (Ungleichverteilung ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie eine Besserstellung der am Schlechtestgestellten fördert) davon auszugehen, eine ›faire‹ Ungleichheit könne bis zu einem gewissen Grad als wichtiger Treibfaktor für ökonomisches Wachstum dienen und dadurch nach dem Motto ›a rising tide lifts all boats‹ auch für die Schlechtestgestellten eine Verbesserung mit sich bringen (Rawls 2003, 192–193).

Die entscheidende Frage wäre an dieser Stelle, inwieweit Wachstum als notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Grundlage für alle anderen Grundgüter gelten kann. Der analytische Blick auf Wachstum führt somit zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Werden z.B. Erwerbsarbeit, materielle Sicherheit und die konstante Perspektive des sozialen Aufstiegs für eineN selbst oder für die eigenen Kinder als wesentliche Grundlage ebenfalls für soziale Teilhabe, für den Zugang zu Ämtern, sowie auch für sozial vermittelte Selbstachtung verstanden und wird Wachstum als ihre notwendige Bedingung angesehen, so ist Wachstum ein unverzichtbares Grundrecht. WachstumskritikerInnen weisen hingegen darauf hin, dass ab einer bestimmten Schwelle Wachstum vielmehr durch die Fokussierung auf Wettbewerb in der Produktion und auf positionale Güter beim Konsum zu Missachtung, Ausbeutung und Abkopplung zahlreicher Menschen in den ›unteren‹ sozialen Schichten, durch steigende Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und Fonds zur Einschränkung von Freiheiten (künftiger und heute lebender Generationen), Gesundheitsverschlechterung und Sinnesverlust zur Erosion von sozialen Verbindungen führt. Aus dieser Perspektive lässt sich ein starkes Argument für (mehr) Gleichheit ableiten, da zum einen dem Versprechen des Differenzprinzips die

Grundlage entzogen wird, zum anderen eine gleichere Verteilung die Treitmühlen positionalen Wettbewerbs entgegenwirken würde.

Darüber hinaus kritisiert Amartya Sen Rawls Position dahingehend, dass im Ressourcenansatz Güter nicht in Verbindung mit dem gesetzt werden, was sie wirklich auch erzeugen, also mit dem, was Menschen damit oder daraus machen können; die Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich laut Sen letztendlich auf die Mittel und ist daher fetischistisch (Sen 1990; Sen 1979). Da konkrete Individuen und Gruppen unterschiedlich in der Lage sind, Güter und Ressourcen zum Zwecke des guten Lebens zu konvertieren, ist die Ausübung eines guten Lebens abhängig von den konkreten Fähigkeiten und realen Möglichkeiten, über die sie tatsächlich verfügen (Nussbaum 2007). Hierzu gehören u.a. für Sen folgende Bedingungen: persönliche Unterschiedlichkeit (Alter, Behinderungen), Unterschiede in der natürlichen Umwelt (Klima, Geographie), institutionelle Gegebenheiten (Bildungsmöglichkeiten) und Beziehungsstrukturen (kulturelle Muster) (Deneulin/Shahani 2009).

Darüber hinaus ist es sehr schwierig, sich etwas unter der sozialen Grundlage der Selbstachtung vorzustellen, ohne gleich ein inhaltsreiches Konzept des Guten bzw. des guten Lebens in der Gesellschaft zugrunde zu legen. Selbstachtung hängt nämlich wesentlich von einer substantiellen bzw. gesellschaftlich vermittelten und an das soziale Imaginäre anknüpfenden Bedeutungszuweisung der zu verteilenden Güter ab. Laut Walzer, der ebenfalls Rawls kritisiert, können wir die Verteilung sozialer Güter weder verstehen noch kritisieren »bevor wir deren Bedeutung für das Leben jener Männer und Frauen begriffen haben, unter denen diese Güter verteilt werden sollen. Verteilungsgerechtigkeit (...) steht in Relation zu sozialen Sinnbezügen« (Walzer 1994). Rawls Versuch einer rein prozeduralen Theorie, die ohne eine substantielle Bestimmung des Guten auskommen soll, setzt bereits bestimmte Prinzipien eines guten Lebens in der Gesellschaft implizit voraus. Fragen des guten Lebens als bloß private Lebensstilfragen zu behandeln, impliziert nämlich ein ganz bestimmtes gesellschaftlich vermitteltes, mehr oder weniger diskursiv verhandeltes bzw. sich hegemonial durchgesetztes Verständnis vom guten Leben, das sich auf einem bestimmten Freiheitsideal stützt und der Vorstellung der verhandelnden Akteure in ihrer primären Rolle als KonsumentInnen statt als politisch agierende BürgerInnen eine Legitimationsgrundlage liefert.

⇒ 4.3.3 Fähigkeiten

Als Vermittlungsversuch zwischen den oben genannten Positionen hat sich in den letzten Jahren eine dritte, in sich (noch) heterogene Theorie etabliert, die als Maßstab für Fragen der Verteilungsgerechtigkeit sogenannte Fähigkeiten (*capabilities to function*) zugrunde legt. Dabei geht es um einen Fokus auf das, was Menschen fähig sind zu tun oder zu sein, und nicht darum, was sie besitzen bzw. ob sie glücklich sind.

Laut Sen bezeichnen Fähigkeiten die substantiellen (nicht bloß formalen oder potentiellen) Bedingungen, bestimmte für sinnvoll erachtete menschliche Tätigkeiten (*functionings*) ausüben zu können. *Functionings* entsprechen all den Sachen, für die es Menschen von Wert ist, sie zu tun oder zu sein (*the various things a person may value doing or being*), wie u.a. gesund sein, gut ernährt sein, gebildet sein, Beziehungen mit geliebten Menschen zu unterhalten etc. (Sen 2001, 75). Mit den Fähigkeiten liegt der Fokus nicht auf einzelnen konkreten Tätigkeiten, sondern auf die substantiellen Freiheiten zur Verwirklichung des Lebens, das Menschen vernünftigerweise für wertvoll halten (*people's substantial freedom to achieve the life that they have reason to value*). Nicht alle kontingenten Präferenzen sind wertvoll, sondern nur diejenigen, die unter dem Licht der gemeinsamen Vernunft (*common sense, phronesis*) für substantielle Bedingungen (oder Freiheiten) für ein gutes menschliches Leben gehalten werden (Sen 2009). Die verschiedenen Wertungen von Tätigkeiten lassen sich folglich auch nicht in eine homogene Messgröße wie Glück oder Nutzen zusammenführen, denn sie sind vielfältig und nicht kommensurabel. Damit grenzt sich Sen von einem bloß subjektivistischen Verständnis des guten Lebens ab, denn wir sind für das, was wir wertschätzen, anderen gegenüber rechenschaftspflichtig: Entscheidungen lassen sich innerhalb eines Fähigkeitsraums (*capability-set*) von bloß subjektiven Präferenzen unterscheiden, denn in diesem Fall geht es um das Anführen von reflektierten und nachvollziehbaren Gründen für die zugrundeliegende Wertschätzung:

rationality is primarily a matter of basing – explicitly or by implication – our choices on reasoning that we can reflectively sustain, and it demands that our choices, as well as our actions and objectives, values and priorities, can survive our own seriously undertaken critical scrutiny (Sen 2009, 194).

Für eine solche ernsthaft kritische Reflexion über die eigene Zwecksetzungen und Gründe greift Sen auf Adam Smiths Figur eines ›unparteilichen Zuschauers‹ (*impartial spectator*) zurück. Anders als Rawls' Gedankenexperiment des Urzustandes, in dem unter dem Schleier der Unwissenheit Personen alles Wissen über ihre konkrete Situativität verloren haben, ist die Position des Zuschauers nicht von einer konkreten gesellschaftlichen und vor allem sittlichen Einbettung losgelöst, sondern nur nicht in der unmittelbar konkreten Situation involviert, die es zu beurteilen gilt. Dies führt zu der Möglichkeit einer Vielfalt an unparteiischen Gründen, die alle in einem diskursiven Rahmen vertretbar sind. Privilegierte Perspektiven und Standpunkte einschließlich eines »Expertenblicks«, der über die Köpfe der Beteiligten hinaus entscheidet, gibt es dabei keine. Es handelt sich vielmehr um eine Frage demokratischer Deliberationsprozesse und kritischer Überprüfung (Deneulin/Shahani 2010). Zu dem Fähigkeitenansatz gehört daher auch die Überprüfung der substantiellen Bedingungen für Partizipation, Mitspracherecht und Mitwirkung sowie die Untersuchung von faktischen Machtverhältnissen und -asymmetrien. Für Sen ist Demokratie deshalb die fundamentalste Grundlage für die Ausübung eines guten Lebens.

Während Sen die konkrete Festlegung von Fähigkeiten gemeinsamen, ergebnisoffenen und pluralistischen deliberativen Prozessen überlässt und somit für einen komparativen Gerechtigkeitsstandard plädiert (Sen 2009), formuliert Nussbaum zwar eine Liste von Grundfähigkeiten, die aber für unterschiedliche kultur- und kontextsensible Konkretisierungen offen ist. Auf dieser Grundlage wird ein absoluter Standard von Verteilungsgerechtigkeit entwickelt, der anspruchsvoller als der Mindestsockel von Grundbedürfnissen ist. Eine solche Liste ist insofern nicht paternalistisch und zielt nicht darauf ab, Personen zu spezifischen Tätigkeiten zu überreden, als sie vielmehr die Bereitstellung der substantiellen Möglichkeiten für die Verwirklichung eines guten Lebens in den Fokus rückt und nicht die Ausübung konkreter Lebensformen. Zu den substantiellen Möglichkeiten gehören für Nussbaum neben den eingeborenen Fähigkeiten im herkömmlichen Sinne auch konkrete äußerliche Zustände und innerliche (darunter auch erworbene) Fähigkeiten, die die Grundlage für die Konversion von Mitteln (Gütern und Ressourcen) in Tätigkeiten ermöglichen und somit die Verwirklichung eines guten Lebens hindern oder fördern können. Eine wesentliche Aufgabe kommt für die Bereitstellung der so intendierten Fähigkeiten den Institutionen und der sozialen Ordnung zu (Nussbaum 2007, 53ff.).

Gerade Nussbaums Liste scheint vielversprechend im Lichte intergenerationeller Gerechtigkeit, da zukünftige Personen an einer diskursiven Auseinandersetzung nach Sen über die Gründe für die Wertschätzung von Tätigkeiten nicht teilnehmen können. Nussbaums Liste liefert dabei einen anspruchsvollen absoluten Standard, der auch von Ott/Döring als minimalem Sockel für intergenerationelle Gerechtigkeit zugrunde gelegt wird (Döring et al. 2007). Zu den zehn Fähigkeiten der Liste fügt Edward Page eine elfte hinzu, die er »ecological functioning capability« nennt und die Fähigkeit bezeichnet, das eigene Leben in einer Umwelt führen zu können, die frei von gefährlichen Schäden wie denjenigen ist, die mit Klimawandel zu erwarten sind (Page 2007, 466).

Gutes Leben im Sinne des Fähigkeitsansatzes lässt sich z.T. (wenn auch nicht gänzlich) unabhängig von den subjektiven Wahrnehmungen von Menschen ermitteln und messen. Statt Glücksindikatoren lässt sich eine komplexe Indikatorenpalette formulieren, die die verschiedenen functionings berücksichtigt und die entsprechenden Möglichkeiten deren Ausübung auslotet. Auf der Grundlage des Fähigkeitsansatzes wurde der HDI (Human Development Index) entwickelt.

Mit Bezug auf die Wachstumsfrage lassen TheoretikerInnen des Fähigkeitsansatzes im HDCA die Antwort offen: Wachstum ist per se weder ein Treibfaktor noch ein Hindernis für Gerechtigkeit im Sinne der grundlegenden menschlichen Fähigkeiten. Allerdings muss diese Frage mit Bezugnahme auf die substantiellen Freiheiten der Menschen adressiert werden und inwieweit diese gefördert oder gemindert werden.

Laut der Fähigkeitstheoretikerin Ingrid Robeyns lassen sich die Konversionsfaktoren, die die Verwandlung von verfügbaren Gütern und Ressourcen in substantielle Fähigkeiten ermöglichen, in persönliche (körperliche und mentale Fähigkeiten eines Individuums), soziale (Praktiken, Machtverhältnisse, etablierte Wertvorstellungen, Geschlechterrollen, ...) und umweltbezogene (geographische, klimatische, aber auch institutionelle und infrastrukturelle) Faktoren unterscheiden. Auf der Grundlage dieser Unterscheidung kann eine kritische Auseinandersetzung mit der Wachstumsfrage erfolgen.

⇒ 5 Wachstum, Gerechtigkeit und das gute Leben: wollen wir (noch) wachsen?

Über die Frage nach der gerechtigkeits-theoretischen Rechtfertigung von Wachstum aus der Perspektive der Nachhaltigkeit sind wir am

Ende bei der dritten Frage angekommen: selbst wenn Wachstum möglich und moralisch zu rechtfertigen wäre, entspricht eine an stetigem Wachstum orientierte Gesellschaft unseren Vorstellungen des guten Lebens? Wollen wir überhaupt noch an diesem Pfad festhalten? Die südeuropäischen wachstumskritischen Bewegungen formulieren eindeutig ihre Kritik an der ideologischen Wachstumsorientierung unserer Gesellschaften unter Berufung auf eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Grundbestimmungen eines guten Lebens und dessen konkreten Bedingungen. Wachstum, so diese Positionen, wird als Hindernis nicht nur für intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit, sondern auch für die Verwirklichung eines guten Lebens angeprangert. Analog zu Robeyns Unterscheidung kann man subjektive, gesellschaftlich verhandelte bzw. intersubjektive und objektive Bedingungen eines guten Lebens unterscheiden. Im Folgenden werden die Hauptthesen der wachstumskritischen Bewegungen zu diesen drei Punkten zusammengefasst.

⇒ 5.1 Subjektive Bedingungen des guten Lebens: Tretmühlen und sozialer Neid

Subjektiv betrachtet, lässt sich – wie bereits erwähnt – eine negative Korrelation zwischen Einkommen und subjektivem Glück ab einer bestimmten Schwelle nachweisen (Layard 2005; Jackson 2009). Dies hat nicht nur mit abnehmendem Grenznutzen oder Sättigungsphänomenen einer im Überfluss lebenden Gesellschaft zu tun. Aufgrund des konstanten positionalen Wettbewerbs und der daraus resultierenden Tretmühlen führt Ungleichheit selbst unter der Bedingung einer nicht nur ideologisch formulierten sozialen Mobilität zu stetiger Unzufriedenheit. Laut Binswanger sind wir alle in so genannten ›Tretmühlen des Glücks‹ gefangen, die, indem sie Glück versprechen, stets Unzufriedenheit stiften (je mehr wir haben, desto mehr wollen wir), oder weil der konstante positionale Vergleich mit anderen und der soziale Neid einen negativen Impact auf die subjektiv wahrgenommene Zufriedenheit ausüben (Binswanger 2009; Holzinger 2010). Aufgrund eines Phänomens wie des Rebound-Effekts führen des Weiteren technologische Innovationen, die Zeitsparen für andere ›freie‹ Tätigkeiten ermöglichen könnten, stattdessen zu einer Intensivierung des Arbeitsvolumens und zu einem noch höheren Anspruch an Zeit (Schneider 2008). Darüber hinaus kann man mit Rahnama und Illich von einer sozialen Konstruktion des Neids (Rahnama 2005, 229) bezogen auf all jene fiktiven Wünsche sprechen, die auf globaler Ebene durch Werbung und Marketing mit dem Ziel einer Ankurbelung

von Wachstum erzeugt werden⁶. WachstumskritikerInnen, die das gute Leben als Synonym für subjektives Glück verstehen, zeigen dadurch, dass Wachstum eher hinderlich für das subjektive Gefühl der Zufriedenheit sei. Sie plädieren folglich für einen subjektiven Glücksinikator als Ersatz für BIP. Subjektive Faktoren spielen durchaus eine wichtige Rolle auch als Möglichkeiten für die Verwirklichung eines guten Lebens: die psychischen und zum Teil körperlichen Konsequenzen der Tretmühlen des Glücks beeinträchtigen schwerlich die persönlichen Konversionsfaktoren nach Robeyns Klassifikation, da Frust, mangelnde soziale Anerkennung und Schamgefühl maßgeblich substantielle Freiheiten einschränken können.

⇒ 5.2 Objektive Bedingungen des guten Lebens – umweltbezogene Faktoren

Wie bereits erwähnt, sind aber subjektive Bedingungen nicht ausreichend für die Bestimmung substantieller Freiheiten und für die Verwirklichung eines guten Lebens. Wie Max-Neefs Schwellenhypothese zeigt, besteht ebenfalls eine negative Korrelation zwischen objektiv ermittelten Lebensqualitätskriterien (ISEW) und BIP.

Darüber hinaus führen die erwähnten Tretmühlen und die Wettbewerbsspirale nicht nur zu subjektiv wahrgenommener Unzufriedenheit, sondern auch zu systemischer Diskriminierung und Ausschließung, weil u.a. die durch Wachstum getriebene dynamische Ungleichheit zu einer stetigen Verschiebung des Zugangs zu den grundlegenden Bedingungen für ein gutes menschliches Leben führt: Demnach steigt der Standard für ein ›gutes menschliches Leben‹ nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung relativ zu Anderen, sondern auch objektiv. Wenn alle zum Beispiel ein SUV (*Sport Utility Vehicle*) fahren, ist das Fahren eines kleinen Wagens nicht nur eine Frage von sozialem und positionalem Status, sondern auch tatsächlich lebensgefährlich. Einen Computer up-to-date oder ein Smartphone zu haben ist oft nicht nur eine wesentliche Bedingung für die Ausübung eines würdevollen Lebens im Sinne des eigenen Berufes, sondern auch für Kontakte zu Familie und Freunden, sowie auch zu Behörden und Ärzten.

(6) Appelle an die BürgerInnen für mehr Konsum lassen sich in letzter Zeit überall registrieren. Es ist z.T. sogar von einer Art Konsumpflicht zur Unterstützung der eigenen Wirtschaft die Rede. Auch Maßnahmen wie die Abwrackprämie in Deutschland hatten einen ähnlichen Hintergrund, der durch Steigerung der ökologischen Effizienz maskiert wurde.

Auch im globalen Süden lässt sich z.T. ein Widerspruch zwischen Wachstum und Lebensqualität beobachten. Während Wachstum durchaus zu einer Verbesserung des Lebensstandards geführt hat (inwieweit dies auch alle Bevölkerungsgruppen und -schichten erreicht hat, ist vielmehr eine Frage der Verteilung als eine des Wachstums), hat dies laut vieler WachstumskritikerInnen gleichzeitig zum Verlust vielfältiger geldunabhängiger Zugangsmöglichkeiten zu wesentlichen Grundlagen für ein gutes Leben geführt, darunter den Verlust lebensnotwendigen Naturkapitals, Gesundheitsschäden, Verlust lebenserhaltender sozialer Netzwerke, lokalen Wissens und Kompetenzen, soziale und territoriale Entwurzelung und den Verlust biologischer und kultureller Vielfalt (Latouche 2007, 47; Rahnama 2005).

⇒ 5.3 Intersubjektive bzw. gesellschaftlich verhandelte Bedingungen des guten Lebens – Anerkennung

Fragen des guten Lebens sind als Forderungen zu verstehen, die auch immer ein bestimmtes Verständnis und Imaginäres für gesellschaftliche Zusammenhänge und Muster bzw. Kriterien gesellschaftlicher Anerkennung beinhalten. Aus der Perspektive des Fähigkeitsansatzes ist gesellschaftliche Anerkennung eine wesentliche Bedingung für die Ausführung eines guten Lebens, da dieses nur durch eine vernunftbasierte Begründung und intersubjektive Akzeptanz faktisch umsetzbar ist. Nach Robeyns handelt es sich hier um die wesentlichen ›sozialen‹ Konversionsfaktoren, wie Praktiken, sedimentierte Bedeutungen, kulturelle Verständigungen, etablierte soziale Rollen etc.. Solche stehen aber nicht ein für alle Mal fest, sondern werden durch mehr oder weniger konfliktreiche intersubjektive und gesellschaftliche⁷ Auseinandersetzungen verschoben, neu verhandelt, oder neu gedeutet. Gerade die Erfahrung von Missachtung führt zu einer Forderung nach einer Veränderung oder Verschiebung der herrschenden Anerkennungsmuster, zur Einschließung anderer Gruppen, Individuen oder Lebensmodalitäten in die Sphären gegenseitiger Anerkennung.

(7) Mit intersubjektiv werden hier weniger ›private‹ Auseinandersetzungen zwischen zwei oder mehr Subjekten gemeint, als vielmehr Diskurse, die an verschiedenen gesellschaftlichen Orten stattfinden, jedoch die Konfiguration und Gestalt der gesamten Gesellschaft mehr oder weniger explizit mit thematisieren. Intersubjektive Auseinandersetzung über Muster, Kriterien und Formen eines guten Lebens sind daher im Kern politisch, weil die Bereitstellung bzw. Gewährleistung der nötigen Bedingungen für die Verwirklichung von Vorstellungen des guten Lebens das Konkurrieren um gesellschaftliche Akzeptanz voraussetzen, auch wenn sie diese nicht direkt einfordern.

In diesem Sinne sind Lebensstilentscheidungen in den meisten Fällen keine bloß individuellen privaten Entscheidungen, sondern finden schon immer vor dem Hintergrund, unter den Bedingungen und mit dem Ziel gesellschaftlicher Anerkennung statt. Die Rückführung von Lebensstilen zu bloß individuellen privaten Entscheidungen lässt sich ebenfalls als ein im intersubjektiven Rahmen gestellter Interpretationsanspruch deuten, weil (kryptonormative) Vorstellungen eines um jeden Preis individuellen Lebensstils eine Forderung nach Anerkennung und zugleich einen ›claim‹ für die Etablierung spezifischer Anerkennungsmuster in sich tragen.

Anerkennung wird hier nicht im Sinne von Prestige oder Bewunderung verstanden, sondern vielmehr mit Honneth als eine fundamentale Bedingung für die Entwicklung der eigenen persönlichen Identität, die nur durch das Erscheinen und Gesehen-werden im öffentlichen, weil geteilten und gemeinsamen Raum des Miteinanders, zustande kommen kann. Mit Sen umformuliert: was zählt sind nicht so sehr die Präferenzen, die Menschen in der Privatheit ihrer Intimsphäre hegen, sondern vielmehr das, was sie mit guten Gründen für wertvoll halten (*what they value and have reason to value*), d.h. welche Vorstellung eines guten Lebens sie im Angesicht anderer geltend machen.

Gerade die wachstumskritischen Bewegungen in Südeuropa haben eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Modelle und Vorstellungen des guten Lebens angestoßen, bei denen es um eine relevante Verschiebung der Anerkennungsmuster, weg von Erwerbsarbeitsorientierung, Leistung und Beschleunigung und hin zu einer sogenannten relationalen Wende mit einem sehr starken Fokus auf Reziprozität und Konvivialität, geht. Die Auseinandersetzung betrifft den Kern eines sozialen Imaginären, das – so Latouche – sehr stark durch die alldurchdrängende Wirksamkeit der Wachstumslogik wie durch eine Droge ›kolonisiert‹ wurde und durch eine ›Metanoia‹ dekolonisiert werden muss, damit überhaupt einzelne Maßnahmen bzw. alternative Projekte ihr systemisch-kritisches Potential entfalten. Degrowth ist daher laut Latouche nur in einer Degrowth-Gesellschaft möglich (Latouche 2007, 97), denn das Degrowth-Projekt impliziert das Ideal eines alternativen Gesellschaftsmodells, das nicht mehr in der oben beschriebenen Wachstumslogik verfangen ist. Um dies an dieser Stelle zu reformulieren, kann man festhalten, dass eine gerechte und faire degrowth-Gesellschaft, in der Forderungen nach dem guten Leben im Sinne von Gerechtigkeitsforderungen verstanden werden, nur dann realisierbar ist, wenn auch Anerkennungsmuster und sedimentierte Wertvorstellungen neu verhandelt werden. Weder der Effizienzpfad noch einer auf bloße Lebensstiländerung ausge-

richtete Suffizienzpfad sind demnach ausreichend. Im Gegenteil wirken beide zum Teil als der Wachstumslogik funktional.

Eine gute Zusammenfassung von subjektiven, objektiven und intersubjektiven Bedingungen eines guten Lebens lässt sich anhand eines Beispiels gut erläutern, das oft Sen mit Bezugnahme auf Adam Smith anführt: sich Schuhe leisten zu können kann einerseits als eine subjektive Bedingung für Glück, insbesondere wenn jemand Schuhe liebt oder gar sammelt, betrachtet werden; andererseits ist der Besitz von Schuhen auch eine objektive Bedingung für Gesundheit, Wärme, Mobilität; schließlich kann aber der Besitz von Schuhen in der Gesellschaft, in der das Tragen von Schuhen als ein Zeichen für Respektabilität und Glaubwürdigkeit gilt, eine wesentliche Bedingung für soziale Anerkennung werden.

⇒ 6 Blicke in die Visionen einer Postwachstumsgesellschaft: Perspektiven und Gefahren

Auf der Grundlage der hier dargestellten Gerechtigkeitsprinzipien wurden einige wesentliche Aspekte der wachstumskritischen Bewegungen dargestellt. Derselbe kritische Blick sollte nun auch auf die verschiedenen Modelle, Vorschläge und Projekte für eine Postwachstumsgesellschaft angewendet werden. Die Analyse würde sowohl die Bedingungen für die Verwirklichung einer vom Wachstumszwang unabhängigen Gesellschaft hinsichtlich von Wirtschaftsweise, Gesamtkoordination und sozialer Struktur als auch die Frage der normativen Legitimationsgrundlagen (im Sinne von Gerechtigkeitsprinzipien und Vorstellungen des guten Lebens) einer Postwachstumsgesellschaft betreffen. Eine ausführliche Untersuchung würde aber den Rahmen dieses Artikels deutlich sprengen. Ich beschränke mich daher auf einige Anmerkungen, die als eine Art Programmatik für weitere Arbeiten gelten können.

Der Pfad hin zu einer Postwachstumsgesellschaft ist nicht nur von objektiven institutionellen Bedingungen, sondern auch wesentlich von gesellschaftlichen Verhandlungsprozessen, Deutungskämpfen über Anerkennungsmuster, kreative Praktiken zur Verschiebung und Umdeutung des sozialen Imaginären abhängig. Zahlreiche Beispiele von Projekten und Initiativen lassen sich in verschiedenen Ländern beobachten und reichen von den italienischen Solidarischen Einkaufsgruppen (GAS) zu den britischen Transition Towns zu der griechisch-

en Reinstitutionierung einer neuen Art ›Back-to-the-Land‹-Bewegung als kreative Krisenbewältigung⁸.

In der heterogenen Degrowth-Bewegung lassen sich unterschiedliche Akzente identifizieren: Einige plädieren für eine durch die Schrumpfung der Wirtschaft notwendige Bedeutungsverlagerung der Grundlage für subjektives Glück auf immaterielle Güter und Tätigkeiten, andere weisen auf eine Stärkung sozialer Netzwerke, Kooperationen und einer Kultur der Konvivialität. Komplexere Modelle für eine ›Postwachstumsökonomie‹ (Paech 2012) kombinieren die Notwendigkeit einer quantitativen Reduzierung (Suffizienz, *voluntary simplicity*) und qualitativer Umstellung unserer (von einer fremd- auf einer selbstversorgungs-basierten) Wirtschaftsweise mit strukturellen bzw. institutionellen Veränderungen (Landreform). In fast allen Modellen findet sich eine radikale Umstellung von globalen und großräumigen Wirtschaftsprozessen hin zu lokalen, regionalen und kleinräumigen selbstorganisierten Strukturen.

Aus den bereits erläuterten Gründen ist eine zu starke Fokussierung auf das subjektive Glück als Ausweg aus der Krise insofern problematisch, als dies oft mit einer Schrumpfung der Rolle und der Verantwortung regulierender Institutionen einhergeht. Da aber subjektives Glück kein ausreichender Maßstab für Gerechtigkeit ist, sind Institutionen unentbehrlich, die gegen Diskrimination, fehlende Freiheiten (sensu Sen) und Ausschließungen kompensatorisch bzw. unterstützend intervenieren.

Das z.T. unkritische Vertrauen in traditionelle soziale Netzwerke führt zu einer einseitigen Idealisierung von präindustriellen bzw. wachstums- und marktunabhängigen Formen der Gütererzeugung im Sinne von regionalen Subsistenzwirtschaftskreisläufen inklusive Ernährungssouveränität. Diese können jedoch in vielen Fällen maskierte Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse bergen. Wie es aus vielen Studien hervorgeht, sind vor allem Frauen (und Kinder) die ersten Opfer solcher Verhältnisse: in Ländern des globalen Südens spielen ökonomische Selbständigkeit und Bildung eine wichtige Rolle im Sinne eines emanzipatorischen Potentials für Geschlechtergerechtigkeit.

(8) Das, was früher als ein Aussteigerpfad galt, ist heute hochgradig virtuell vernetzt und weist andere Merkmale auf als die von einem eher traditionell konservativen Wertepertoire geprägten Back-to-the-Land Bewegungen in den USA am Anfang des letzten Jahrhunderts. Es ist aber zu früh, um diese Phänomene beurteilen zu können. Es handelt sich in den meisten Fällen um kreative Lösungen zur Bewältigung einer Notsituation. Vgl. Artikel ›Blühende Phantasie‹ in der Süddeutschen Zeitung Nr. 101 vom 2.03.2012, S.3).

Gerade der Fähigkeitenansatz liefert durch den Fokus auf substantielle Freiheiten die Grundlage für eine differenzierte Analyse.

Ein weiteres Beispiel, das zugleich eine große Herausforderung für die Visionen einer Postwachstumsgesellschaft darstellt, ist die Frage der Rolle und Bedeutung von Arbeit bzw. Erwerbsarbeit. Die Frage der Zukunft der Arbeit stellt sich hier unter einem neuen Licht als brisanter denn je. Die interdependente Relation zwischen steigender Arbeitsproduktivität und Wachstum wäre gebrochen, so dass neben einer radikalen Arbeitszeitverkürzung auch die Verteilung weiterer für die Gesellschaft wesentlicher Tätigkeiten nicht mehr zwangsläufig über die Erwerbsarbeit vermittelt werden würde. Erwerbsarbeit spielt in unseren modernen Gesellschaften aber nicht nur als Haupteinkommensquelle, sondern auch in ihrer Integrations- und anerkenntnisstiftenden Funktion eine wesentliche Rolle. Wie der französische Soziologe Robert Castel gezeigt hat, war die Lohnarbeit im fordistischen Staat eine unentbehrliche Integrationskraft:

Der Sozialstaat (...) hat sich im Schnittpunkt zwischen Arbeit und Markt herausgebildet. Er ist umso stärker gewesen, je stärker auch die von ihm regulierten Dynamiken waren: Das Wirtschaftswachstum und die Strukturierung der Lohnarbeiterlage. Wenn es wieder zu einer Autonomisierung der Ökonomie und zur Auflösung der Lohnarbeiterlage kommt, verliert der Sozialstaat seine gesamte Integrationskraft. (Castel 2000, 20).

Gleichzeitig ist diese zentrale Funktion durch die postfordistische allumfassende Prekarisierungswelle gegenwärtig in eine tiefe Krise geraten.

In einem offenen Brief von labournet zur Opelkrise vom 7. Januar 2010 wird die zentrale Rolle der Erwerbsarbeit wie folgt formuliert:

Die Erwerbslosigkeit ist nach unserer Auffassung ein Gewaltakt und ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist ein Raub und eine Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb von Familie, Schule und Lehre mühsam erworben wurden, die dann in Gefahr sind zu verkümmern und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorrufen.

Aus der Perspektive des Fähigkeitenansatzes kann man sich fragen, ob der Gewaltakt per se in der Erwerbslosigkeit besteht oder nicht vielmehr in den damit verbunden Konsequenzen im Sinne eines Verlustes an Teilhabe, Hoffnung, Würde und Selbstwirksamkeitsgefühl. Eine Postwachstumsgesellschaft sieht sich daher unmittelbar

mit der Frage konfrontiert, wie diese bisher durch die Lohnarbeit vermittelten unentbehrlichen Bedingungen eines guten Lebens anders gewährleistet werden können. Dazu gehört mehr als eine institutionell garantierte finanzielle Absicherung (zum Beispiel durch Grundeinkommen). Nötig wird eine radikale Umgestaltung von systemischen Bedingungen, die auch die Ebene von etablierten Wertmustern gesellschaftlicher Anerkennung betreffen muss.

⇒ 7 Schlussfolgerung: Wer ist Wir? Eine Frage der Demokratie!

In diesem Artikel habe ich mich den ersten drei von vier Fragen gewidmet: Inwieweit ist Wachstum, wie wir es kennen möglich, bzw. welches Wachstum ist noch möglich? Ist Wachstum moralisch zu rechtfertigen? Und schließlich: ist es mit unseren Vorstellungen des guten Lebens in Einklang zu bringen? Im letzten Absatz habe ich darauf hingewiesen, dass all diese Fragen ebenfalls die Vorstellung einer nicht mehr wachsenden Gesellschaft betreffen, ohne aber diese Analyse auszuformulieren. Zusammengefasst kann man sich fragen, unter welchen Bedingungen eine gerechte und ethisch sinnvolle Postwachstumsgesellschaft möglich ist.

Die vierte Frage wurde jedoch noch nicht adressiert: wer ist denn ›wir‹? Diese Frage umfasst gleichzeitig epistemologische und ethische Aspekte.

Es betrifft zum einen das Problem, welche wissenschaftlichen Perspektiven im Diskurs hegemonial sind und einen starken Einfluss sowohl in Bildungsstrukturen als auch in der Politikberatung besitzen. Wie werden Untersuchungs- und Beratungsgremien zusammengesetzt, welche Perspektiven und Stimmen finden Gehör? Die deutsche Enquete-Kommission ist ein demokratisch nach den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen der jetzigen Legislaturperiode gewähltes Gremium, in dem eine Hälfte der Mitglieder Abgeordnete und eine Hälfte Sachverständige sind. Unter den Sachverständigen dieser Enquete-Kommission wurde keine einzige Frau gewählt, obwohl gerade im wachstumskritischen Diskurs in Deutschland schon lange vor allem Wissenschaftlerinnen eine einschlägige Rolle spielen. Schaut man auf die ökonomischen Theorien, die den Diskurs stark prägen, glänzt Deutschland mit einer erstaunlichen Einseitigkeit in der akademischen Welt (vgl. u.a. das Memorandum für eine Erneuerung der Ökonomie unter: www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012), in der vor allem die Standardtheorie an den allermeisten wissenschaftlichen inner- und außeruniversitären Instituten vertreten ist.

Darüber hinaus ist die Frage zentral, wer unter welchen Bedingungen an Entscheidungsprozessen mit Wirksamkeitspotential beteiligt ist. Wie Nancy Fraser auf den Punkt gebracht hat, ist gleichberechtigte Partizipation einerseits eine notwendige Bedingung für Entscheidungen über die gerechte Umverteilung von Gütern und (im Sinne des Fähigkeitsansatzes) von den substantiellen Grundbedingungen für die Ausübung eines guten Lebens. Gleichzeitig setzt aber eine gerechte Umverteilung gleichberechtigte Partizipation bereits voraus. Partizipation bleibt aber nur unter einer objektiven und einer intersubjektiven Bedingung keine bloß formale Hülse: a) Gerechte Verteilung materieller Ressourcen, die die Unabhängigkeit und das »Stimmrecht« gewährleisten; b) Institutionalisierte kulturelle Wertmuster, die allen »den gleichen Respekt erweisen und Chancengleichheit bei Erwerb gesellschaftlicher Achtung gewährleisten.« (Fraser/ Honneth 2003, 54 f.).

Die Frage nach den Bedingungen einer gerechten Partizipation am Diskurs weitet sich auch auf eine globale Perspektive aus. Insbesondere zur Wachstumsfrage sind die Stimmen der Bevölkerungen im globalen Süden inklusive derer der indigenen Bevölkerungen ausschlaggebend. In der wachstumskritischen Bewegung lassen sich zwei Positionen identifizieren: Laut einer soll der globale Norden nach einem Modell wie *Contraction & Convergence* schrumpfen, damit der globale Süden noch zu einer Schwelle akzeptablen Lebensstandards wachsen kann und damit sich beide dann auf dem Pfad einer *Steady-State-Economy* begegnen, die als einzig wirklich nachhaltiger Pfad erachtet wird (Martinez-Alier, Pascual et al. 2010). Die andere Position hingegen fragt in Anlehnung an den postkolonialistischen Diskurs provokativ, ob der Süden nicht vielmehr ein Recht auf *degrowth* bzw. auf Armut habe (Latouche 2007, 157ff.). Demnach habe der zwanghafte Wachstumspfad der Industrieländer viel mehr an Lebensgrundlagen und Fonds zerstört, als er im Austausch dafür angeboten hätte. Außerdem sei gerade die Wachstumslogik, die Armut mit Elend gleichgesetzt, sowohl ideologisch (weil der Sieg über die Armut vermeintlich als das größte Ziel des ökonomischen Wachstums betrachtet werde) als auch in Wirklichkeit (weil die Zerstörung vielfältiger Zugänge zu notwendigen Lebensgrundlagen menschenwürdige und konviviale Armut in Elend verwandelt und Menschen vom Wachstum abhängig gemacht habe) problematisch (vgl. Rahnema 2005). Unter diesen Voraussetzungen sei Wachstum für Entwicklungsländer nicht wünschenswert. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass das Wachstum der Entwicklungsländer letztendlich primär den Industrieländern genutzt habe. Heute diene das Wachstum in

den Entwicklungsländern vor allem der Entmaterialisierung im Norden; zudem sei die Verschiebung des Raubbaus am Natur- und Sozialkapital in den Süden wesentliche Bedingung für die Befriedigung der Bedürfnisse und der Lebensqualität der Bürger/innen in den Industrieländern.

Viele indigene Bewegungen im globalen Süden, wie z.B. die Bewegungen für das *Buen Vivir* in Ecuador und Bolivien, lehnen das westliche Modell der Entwicklung ab und somit auch die Wachstumsausrichtung der Wirtschaft als nicht kompatibel mit ihren Vorstellungen des guten Lebens und mit ihren Gerechtigkeitsanforderungen. Gleichzeitig verfolgen gerade Länder wie Brasilien eine eindeutige Politik im Sinne des grünen Wachstums, das gleichzeitig das Land aus der Armut führen und durch technologische Großinvestitionsprojekte einen Nachhaltigkeitspfad im Sinne schwacher Nachhaltigkeit umsetzen soll. Inwieweit dieser Pfad dauerhaft tatsächlich zu sinnvollen Ergebnissen im Sinne des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen und der langfristigen Armutsbekämpfung erfolgreich sein kann, ist eine offene Frage. Angesichts der zahlreichen Proteste aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen (darunter vor allem indigene Gruppen und Kleinbauern der *Via Campesina*) stellt sich ebenfalls die Frage, wer am Ende von diesem vermeintlich grünen Wachstumskurs profitiert.

Literaturverzeichnis

Biesecker, Adelheid, Hofmeister, Sabine (2001): Vom nachhaltigen Naturkapital zur Einheit von Produktivität und Reproduktivität. Reproduktion als grundlegende Kategorie des Wirtschaftens, in: Held, Martin; Nutzinger, Hans (Hg): Nachhaltiges Naturkapital. Ökonomik und zukunftsfähige Entwicklung, Frankfurt a.M.: Campus: 154-178.

Binswanger, Hans Christoph (2009): Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg: Metropolis.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.

Castoriadis, Cornelius (2010): A society adrift: interviews and debates, 1974-1997, New York: Fordham University Press.

Daly, Herman; Cobb, John (1994): For the common good: redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future, Boston: Beacon.

Daly, Herman (1973): Toward a steady-state economy, San Francisco: W. H. Freeman.

Deneulin, Severine; Shahani, Lila (Hg.) (2009): An Introduction to the Human Development and Capability Approach, London: Earthscan.

Devall, Bill; Sessions, George (1985): Deep ecology, Salt Lake City: G.M. Smith.

Diefenbacher, Hans; Frank, Andreas; Leipner, Ingo; Teichert, Volker (2004): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland: ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Heidelberg: FEST.

Döring, Ralf; von Egan-Krieger, Tanja; Muraca, Barbara; Ott, Konrad (2007): Die ethische Idee der Nachhaltigkeit und ihre Kommunikation, in: Michelsen, Gerd; Godemann, Jasmin (Hg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis, München: Oekom.

von Egan-Krieger, Tanja (2005): Theorie der Nachhaltigkeit und die deutsche Waldwirtschaft der Zukunft, Diplomarbeit im Studiengang Landschaftsökologie und Naturschutz, Greifswald, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Faber, Malte, Manstetten, Reiner (1998): Produktion, Konsum, und Dienste in der Natur - Eine Theorie der Fonds, in: Schweitzer, Frank; Silverberg, Gerald (Hg.): Selbstorganisation. Jahrbuch für Komplexität in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Berlin: Duncker/Humblot: 209-236.

Fraser, Nancy.; Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

GB Office for National Statistics (2011): Initial investigation into Subjective Wellbeing from the Opinions Survey.

Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process., Cambridge/London: Harvard University.

Georgescu-Roegen, Nicholas (1977): The Steady State and Ecological Salvation: A Thermodynamic Analysis, in: Bio Science 27(4): 266-270.

Georgescu-Roegen, Nicholas (1977a): Inequality, Limits and Growth from a Bioeconomic Viewpoint, in: Review of Social Economy 35(3): 361 - 375.

Georgescu-Roegen, Nicholas (2003): Ricette fattibili contro tecnologie vitali, in: Bonaiuti, Mauro: Bioeconomia, Turin: Bollati Boringhieri: 192-210.

Gowdy, John; O'Hara, Sabine (1997): Weak Sustainability and Viable Technologies, in: Ecological Economics 22: 239-247.

Grunwald, Armin, Kopfmüller, Jürgen (2006): Nachhaltigkeit, Frankfurt a.M.: Campus.

Holzinger, Hans (2010): Zukunftsdossier: Wirtschaft jenseits von Wachstum? Wien, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium).

Jackson, Tim (2009): Prosperity without growth: economics for a finite planet, London: Earthscan.

Karafyllis, Nicole (2002): »Nur so viel Holz einschlagen, wie nachwächst« – Die Nachhaltigkeitsidee und das Gesicht des deutschen Waldes im Wechselspiel zwischen Forstwissenschaft und Nationalökonomie, in: Technikgeschichte 69: 247-273.

Kroll, Christian (2011): Die Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen – eine Chance für politische Parteien, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kroll, Christian (2011a): Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen; Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung.

Latouche, Serge (2004): Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft, Zürich/Berlin: Diaphanes.

Latouche, Serge (2007): La Scommessa della Decrescita, Mailand: Feltrinelli.

Layard, Richard. (2005): Happiness: lessons from a new science, New York: Penguin.

Martinez-Alier, Joan; Pascual, Unai; Vivien, Franck-Dominique; Zaccai, Edwin. (2010): Sustainable de-growth: Mapping the context, criticisms and future prospects of an emergent paradigm, in: Ecological Economics 69 (9): 1741-1747.

Martinez-Alier, Joan (2002): The Environmentalism of the Poor, Cheltenham:Elsevier.

Max-Neef, Manfred (1995): Economic Growth and Quality of Life: A Treshold Hypothesis, in: Ecological Economics 15: 115-118.

Meadows, Dennis (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart: DVA.

Millennium-Ecosystem-Assessment (2005): Ecosystems and Human Well-being. Current States and Trends, Washington DC: Island.

Muraca, Barbara; von Egan-Krieger, Tanja (2011): Gerechtigkeit und gutes Leben jenseits von Wachstum, in: Rätz, Werner; von Egan-Krieger, Tanja; Muraca, Barbara; Passadakis, Alexis, Schmelzer, Matthias, Vetter, Andrea (Hg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben, Hamburg: VSA.

Muraca, Barbara; Melis, Patrizia (2005): Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung als Gegenstand und Mittel eines partizipativen Agenda 21-Prozesses, in: Stoltenberg, Ute; Muraca, Barbara; Nora, Eriuccio (Hg.): Nachhaltigkeit ist machbar, Frankfurt a.M.: VAS: 120-135.

Muraca, Barbara (2009): Nachhaltigkeit ohne Wachstum? Auf dem Weg zur Décroissance. Theoretische Ansätze für eine konviviale Post-Wachstum-Gesellschaft, in: von Egan-Krieger, Tanja; Schultz, Julia; Pratap-Thapa, Philipp; Voget, Lieske (Hg.): Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Ausbau, Anwendung und Kritik, Marburg: Metropolis: 229-247.

Muraca, Barbara (2010). Denken im Grenzgebiet: Prozessphilosophische Grundlagen einer Theorie starker Nachhaltigkeit, Freiburg: Alber.

Muraca, Barbara (2011): The Map of Moral Significance: A New Axiological Matrix for Environmental Ethics, in: Environmental Values 20: 375-396.

NEF (2010): 21 hours. Why a shorter working week can help us all to flourish in the 21st century, London.

Nussbaum, Martha (2000): Women and human development. The Capabilities Approach, Cambridge: Cambridge University.

Nussbaum, Martha (2007): Frontiers of justice. Disability, nationality, species membership, Cambridge, Mass.: Harvard University.

OECD (2011): Towards Green Growth: Monitoring Progress. OECD Indicators, OECD.

Ott, Konrad (2003): Environmental Values and Comprehensive Environmental Assessment, in: Ehlers, Eckart., Gethmann, Carl Friedrich (Hg.): Environment across Cultures, Berlin: Springer: 153-172.

Ott, Konrad (2004): Essential Components of Future Ethics, in: Döring, Ralf; Rühls, Michael (Hg.): Ökonomische Rationalität und praktische Vernunft. Gerechtigkeit, ökologische Ökonomie und Naturschutz, Würzburg: Königshausen & Neumann: 83-110.

Ott, Konrad; Döring, Ralf (2008). Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg, Metropolis.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss, München: Oekom.

Page, Edward (2007): Intergenerational Justice of What: Welfare, Resources or Capabilities?, in: Environmental Politics 16(3): 453-469.

Paqué, Karl-Heinz (2010): Wachstum!: die Zukunft des globalen Kapitalismus, München: Hanser.

Pezzey, John (1992): Sustainability: an Interdisciplinary Guide, in: Environmental Values 1: 321-362.

Rahnema, Majid (2005): Quando la povertà diventa miseria, Turin: Einaudi.

Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Rawls, John (2003): Gerechtigkeit als Fairness: ein Neuentwurf, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Schneider, François (2008): Macroscopic Rebound Effect as Argument for Economic Degrowth, in: Flipo, Fabrice; Schneider, François. (Hg.): Proceedings of the First International Conference on Economic Degrowth for Ecological Sustainability and Social Equity, in: Research and Degrowth: 29-36.

Sen, Amartya (1979): Utilitarianism and Welfarism, in: The Journal of Philosophy LXXVI (1979): 463-489.

Sen, Amartya (1990): Justice: Means versus Freedom, in: Philosophy and Public Affairs 19 (2): 111-121.

Sen, Amartya (2001): Development as freedom, New York: Knopf.

Sen, Amartya (2009): The idea of justice, London: Allen Lane.

SRU (2002): Umweltgutachten 2002. Für eine neue Vorreiterrolle, Berlin.

Stiglitz, Joseph; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul (2010): Mismeasuring Our Lives: Why GDP Doesn't Add Up, New York: The New Press.

Walzer, Michael (1994). Sphären der Gerechtigkeit: ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt a.M.: Campus.

WCED (1987): Our Common Future, New York/Oxford: Oxford University.

Zitationsvorschlag:

Muraca, Barbara: Gutes Leben jenseits von Wachstum: eine ethische Perspektive (Ethik und Gesellschaft 1/2012: Postwachstumsgesellschaft).
Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2012_Muraca.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft ökumenische zeitschrift für sozialetik

Postwachstumsgesellschaft

Irmi Seidl, Angelika Zahrnt
Postwachstumsgesellschaft: Verortung innerhalb aktueller
wachstumskritischer Diskussionen

Andreas Mayert
Politökonomie und Postwachstum – Bedingte Wachstumsbe-
grenzung durch Selbstbindung der Politik

Barbara Muraca
Gutes Leben jenseits von Wachstum:
eine ethische Perspektive

Matthias Zimmer
Das beschädigte Horn der Amalthea. Gedanken zur Verortung
der Arbeit der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität« des Deutschen Bundestages